



ZWISCHENBILANZ DER UKRAINE-KRISE OLIGARCHEN AKTUELLE WAHLTRENDS

■ ANALYSE		
Die Ukraine, Russland und der Westen.		
Die Bilanz nach einem Jahr der Präsidentschaft von Poroschenko		2
Von Gerhard Simon, Köln		
■ ANALYSE		
Missverständnisse der Euromaidan-Ukraine.		
Von der sozialen Revolution der Würde zur Neukonfiguration des Reformkontextes		5
Von Andreas Umland, Kiew		
■ UMFRAGE		
Haltung zum Maidan ein Jahr danach		10
Haltung zur Krise und möglichen Auswegen		11
■ ANALYSE		
Pazifismus, Patriotismus und Reformismus: Öffentlichkeitsstrategien der Oligarchen		14
Von Steffen Halling, Berlin		
■ UMFRAGE		
Aktuelle Wahlrends		19
■ CHRONIK		
8. – 21. Juni 2015		21



Die Ukraine, Russland und der Westen. Die Bilanz nach einem Jahr der Präsidentschaft von Poroschenko

Von Gerhard Simon, Köln

Zusammenfassung

Die Ukraine ist nach dem Sieg des Maidan im Februar 2014 entschlossen, sich aus der Hegemonie Russlands zu lösen und einen eigenen Weg nach Westen zu gehen, mit einem klar formulierten Ziel: Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Dies ist der entscheidende Grund für die Krise und den Krieg zwischen der Ukraine und Russland.

Der Weg nach Westen

Seit beinahe einem Vierteljahrhundert ist die Ukraine ein unabhängiger Staat. Sie hat in diesen ersten Jahrzehnten der Selbständigkeit immer wieder in ihrer außenpolitischen Orientierung geschwankt zwischen der Anlehnung an Russland und der Orientierung auf das Fernziel Integration in die EU; »Politik in viele Richtungen« (*bahatovektornist*) nannte man das unter Präsident Kutschma. Tatsächlich verblieb das Land in einer Grauzone und war damit ein unsicherer Kantonist sowohl für Russland als auch für den Westen.

Historisch gesehen und in der Perspektive der »langen Dauer« (*longue durée*) ist die Position zwischen Ost und West, zwischen Russland und Polen durchaus typisch für die Ukraine; sie hat aber verhängnisvolle Konsequenzen gehabt. Denn die Lage in der Grauzone war ein entscheidender Grund dafür, dass es der Ukraine über lange Zeit nicht gelang, einen eigenen Staat zu gründen und damit von einem Objekt zu einem Subjekt der Geschichte zu werden. Von der Frühen Neuzeit bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts gehörten alle damals von Ukrainern bewohnten Territorien zum Königreich Polen-Litauen. Danach begann Schritt für Schritt ihre Einbeziehung in das Moskauer Russische Imperium. In der Perspektive der »langen Dauer« kann man sagen, dass die Ukraine mit der Assoziation an die EU auf ihren historischen Weg im späten Mittelalter und in der Frühen Neuzeit zurückkehrt.

Die Antwort Russlands

Russland ist nicht bereit, diese Wahl des eigenen Weges und die Loslösung der Ukraine aus dem russischen Hegemonialverband zu akzeptieren, und Putin hat dabei den größten Teil der russischen Öffentlichkeit hinter sich. Zwar hat Russland nach 1991 die Unabhängigkeit der Ukraine völkerrechtlich anerkannt, aber tatsächlich haben weder die politischen Eliten noch die breite Bevölkerung verkraftet, dass die Ukraine sich von Russland abwendet und einen eigenen Weg geht. Denn eines ist auch aus der russischen Perspektive eindeutig: Ohne die Ukraine ist das Imperium für immer

Vergangenheit. Der historische Einschnitt von 1991, den Putin als die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts bezeichnet hat, bleibt dann irreversibel.

Die außenpolitische Orientierung auf Russland oder nach Westen hat einschneidende Konsequenzen für die innere Ordnung von Politik und Gesellschaft: Entweder parlamentarische Demokratie, weltanschauliche Toleranz und Rechtsstaatlichkeit oder autoritäre Präsidentschaft auf der Grundlage einer nationalen Idee von Großmacht und historischem Anspruch. Die Ukraine bekennt sich nach zwei zivilgesellschaftlichen Erhebungen 2004 und 2013/14 zur europäischen Vision einer freien Gesellschaft und bezieht daraus den Willen zu rechtsstaatlichen Reformen. In der offiziellen russischen Wahrnehmung dagegen wird der Westen immer stärker zur Bedrohung und zum Feind.

Die Annexion der Krim im März 2014 und der fortdauernde Krieg im Donbass haben zwischen der Ukraine und Russland Gräben aufgerissen, die weder die Beteiligten selbst noch die Welt draußen vor zwei Jahren für möglich gehalten haben. Die Narrative über die Gegenwart sind unüberbrückbar und scheinen von verschiedenen Ländern zu erzählen. Während in der Ukraine die erfolgreiche »Revolution der Würde« als Überwindung der korrupten Herrschaft des von Russland gestützten autoritären Präsidenten Janukowitsch gilt, malt die russische Propaganda ein ganz anderes Bild: In Kiew habe eine faschistische Junta gewaltsam den Präsidenten davongejagt und führe nun einen Krieg gegen alle Russen und alles Russische. Der tatsächliche Akteur im Hintergrund aber seien die USA, die auf diese Weise den Konkurrenten Russland schwächen wollten.

Inzwischen sind aber nicht nur die jeweiligen Vorstellungen über Gegenwart und Zukunft, sondern auch die über die Vergangenheit unvereinbar: Während in der Ukraine ein Gesetz in Kraft getreten ist, das die Propaganda der kommunistischen ebenso wie der nationalsozialistischen Symbolik verbietet, wird in Russland ein Gesetz vorbereitet, das die Gleichsetzung von Kommunismus und Nationalsozialismus unter Strafe stellt. Während in der Ukraine immer mehr

Lenin-Denkmäler fallen, wird in Russland der Stalin-Kult wiederbelebt.

Der Krieg

Nach mehr als einem Jahr Krieg im Donbass hat keine Seite ihre Kriegsziele erreicht, was die Lage nicht nur labil, sondern auch gefährlich macht, weil eine erneute militärische Eskalation nicht ausgeschlossen werden kann. Russlands Kriegsziel ist die nachhaltige Destabilisierung der Ukraine und der Sturz der Regierung in Kiew, um dort wieder ein Regime zu etablieren, das die Ukraine in ähnlicher Weise wie Janukowitsch bis zum Februar 2014 innen- und außenpolitisch in russischem Fahrwasser hält. Ukrainisches Kriegsziel ist die Wiederherstellung der Souveränität auf dem gesamten Staatsgebiet einschließlich der Kontrolle über die eigene Staatsgrenze im Donbass. Taktisch haben beide Seiten Zugeständnisse gemacht und so den labilen Waffenstillstand Minsk 2 im Februar 2015 ermöglicht. Die Ukraine bezeichnet die sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk als »vorübergehend okkupierte Territorien« und verzichtet gegenwärtig auf eine militärische Rückeroberung. Russland hat das Projekt »Neu-Russland« fallengelassen, das eine Abtrennung großer Teile der östlichen und südlichen Ukraine von Kiew vorsah. Im Gegensatz zur Krim strebt die russische Politik derzeit nicht die Eingliederung der sogenannten Volksrepubliken in den russischen Staatsverband an.

Gegenwärtig spricht vieles dafür, dass der Krieg im Donbass mit niedriger Intensität weitergehen wird, weil Russland so einen Hebel zur Destabilisierung der Ukraine in der Hand behält. Aus russischer Sicht ist der fortdauernde Krieg im Donbass zudem eine Garantie dafür, dass eine Aufnahme der Ukraine in EU und Nato nicht realistisch ist.

Schleppende Reformen

Der Krieg hat dazu geführt, dass die dringend notwendigen Reformen in der Ukraine nicht mit dem nötigen Nachdruck betrieben werden. Der Krieg im Donbass hat bisher – rechnet man die Verluste auf beiden Seiten zusammen – mehr als 10.000 Tote gefordert, hinzu kommt ein Mehrfaches davon an Verwundeten; täglich werden neue Opfer gemeldet. Mehr als 1,5 Millionen Menschen sind auf der Flucht – manche vorübergehend, andere auf Dauer. Dennoch wird der Krieg im Land selbst und im Ausland immer weniger als Entschuldigung für den schleppenden Gang der Reformen akzeptiert. Wieder wird der Verdacht laut, die ukrainische Führung sei hervorragend in der politischen Rhetorik, der Deklaration von Zielen, aber schwach und ohne die nötige Konsequenz bei ihrer Umsetzung. Ziele sind die De-Monopolisierung der Wirtschaft, das heißt die Ent-

machtung der Oligarchen, die Dezentralisierung im Rahmen einer Verfassungsreform und vor allem eine Justizreform, ohne die alle Versprechungen über die Bekämpfung der Korruption Lippenbekenntnisse bleiben. Zwar hat die Werchowyna Rada, das Parlament, einige Gesetze auf den Weg gebracht, aber viele Menschen spüren im Alltag hauptsächlich die sozialen Härten der Reformen, wie massive Anhebung der Tarife für Gas und Strom. Das mit umfassenden Vollmachten und viel Vorschusslorbeer ausgestattete Anti-Korruptionsbüro soll nun endlich im Herbst seine Tätigkeit aufnehmen. Präsident Poroschenko hat – entgegen seinen Versprechungen – bis heute sein Firmenimperium nicht verkauft.

Ökonomische Talfahrt

Zwar ist es im vergangenen Winter nicht zu massiven Versorgungsengpässen gekommen, aber inzwischen macht sich die wirtschaftliche Abwärtsspirale deutlich bemerkbar und trägt zur wachsenden Kritik an der Regierung bei. Das BIP ist 2014 um 6,8 % zurückgegangen; für das Jahr 2015 werden weitere 5,5 % Rückgang prognostiziert. Die Reallöhne werden in diesem Jahr voraussichtlich um 15 % fallen; die Inflation wird für das Jahr 2015 gegenüber dem vorangegangenen Jahr auf 30 % bis 35 % veranschlagt. Erst im Jahr 2016 erwarten die Fachleute eine leichte wirtschaftliche Erholung und damit das Ende der Talfahrt. Der Tiefpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung liege hinter der Ukraine, heißt es derzeit aus der Regierung.

Die ambivalente Politik des Westens

Der Westen betreibt angesichts der enormen Schwierigkeiten des Landes eine Schaukelpolitik: Einerseits solidarisieren sich die EU und die USA mit der Ukraine. Nie zuvor hat das Land so viel internationales Wohlwollen, Anerkennung und Unterstützung gefunden. Nie zuvor war Russland so isoliert und der Graben zum Westen so tief – das gilt sogar im Vergleich zu manchen Phasen des Kalten Krieges. Das geradezu nonchalante Vorgehen Russlands bei der Annexion der Krim und die fortdauernde russische Leugnung, am Krieg im Donbass beteiligt zu sein, haben fast überall im Westen Empörung, zumindest aber Unverständnis ausgelöst. Russland hat in hohem Maß seine Glaubwürdigkeit als Partner verloren.

Andererseits: Trotz der politischen, ökonomischen und in geringem Umfang auch militärischen Unterstützung der Ukraine durch den Westen verweigert die EU der Ukraine nach wie vor eine Beitrittsperspektive. Damit respektiert der Westen zumindest implizit die russische Position von den – wenn auch inzwischen kleiner gewordenen – Einflusszonen, nach der zwar Polen

und die baltischen Staaten Mitglieder von Nato und EU werden konnten, dies der Ukraine aber nicht möglich sein soll. Auf längere Sicht wird sich diese Politik der Inkonsequenz kaum durchhalten lassen: Sowohl die Ukraine als auch Russland werden mehr vom Westen fordern: Natürlich jeweils das Gegenteil von dem, was die andere Seite verlangt.

Zukunftsperspektiven

Die Ukraine hat in den vergangenen Jahren einen langen Weg zurückgelegt. Die Konsolidierung einer politischen Nation, zu der sich sowohl die Ukrainischsprachigen als auch die Russischsprachigen bekennen, macht große Fortschritte. Der zweimalige Maidan 2004 und 2013/14 hat das Selbstbewusstsein der Zivilgesellschaft gestärkt. Die außenpolitische Orientierung auf die EU und weg von Russland findet heute eine breite Mehrheit in der Bevölkerung. Bei einer Umfrage im April 2015 sprachen sich 52 % der Ukrainer für den Beitritt zur EU aus, 12 % votierten für den Beitritt zur Zollunion mit Russland. Auch die Zustimmung zu einem Nato-Beitritt, die sich lange auf einem niedrigen Niveau bewegt hatte, wächst. Eine relative Mehrheit von 43 % befürwortet inzwischen die Mitgliedschaft in der Verteidigungsallianz, 32 % sind dagegen.

Kein Zweifel, im Osten und Süden des Landes ist die europäische Orientierung deutlich schwächer aus-

geprägt als im Westen und im Zentrum. Aber sogar im Donbass sprechen sich derzeit mehr Menschen für den Beitritt zur EU aus als zur Zollunion mit Russland. Dennoch gibt es eine antiukrainische mentale Disposition bei einem Teil der Bevölkerung im Donbass, die Kiew als Feind und Moskau als Hoffnung wahrnimmt, vor allem aber sich selbst für das Zentrum hält. Die ukrainische Politik und Gesellschaft müssen nach dem Krieg Instrumente für die Versöhnung entwickeln.

Insgesamt ist die Ukraine an einem Punkt ihrer Geschichte angelangt, an dem eine Rückkehr zu den früheren Verhältnissen ausgeschlossen erscheint. Der Abschied vom russisch bestimmten Imperium dürfte genauso unumkehrbar sein wie der Wille, zu einem integralen Teil Europas zu werden. Die Konsolidierung einer autoritären Präsidialherrschaft ist in Kiew zu keiner Zeit gelungen, sie wird in der Zukunft umso weniger möglich sein.

Das Putinsche Russland hat durch die Nichtanerkennung der ukrainischen Eigenständigkeit und die politische und militärische Aggression – entgegen den russischen Intentionen – einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Ukraine geleistet. Jetzt aber braucht die Ukraine die Solidarität und die Unterstützung des Westens, um auf dem eingeschlagenen Weg erfolgreich weiterzugehen.

Über den Autor:

Prof. Dr. Gerhard Simon ist Historiker und war Leitender Wissenschaftlicher Direktor im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln und lehrte an den Universitäten Köln und Bonn.

Der Beitrag beruht auf dem Einleitungsreferat des Autors zu den »Kiewer Gesprächen« in Köln am 11. Juni 2015.

Missverständnisse der Euromaidan-Ukraine.

Von der sozialen Revolution der Würde zur Neukonfiguration des Reformkontextes

Von Andreas Umland, Kiew

Zusammenfassung

Europäische Fehlinterpretationen der ukrainischen Innenpolitik sowie der ukrainisch-russischen Gemengelage sind u. a. Resultat der Unterentwicklung der Ukrainistik in den Mitgliedsstaaten der EU. Jüngstes Beispiel ist eine Übertragung vorrevolutionärer skeptischer Sichtweisen auf die nachrevolutionäre Ukraine – ein ahistorischer Ansatz, der die Tiefe der soziopolitischen Veränderungen im Jahr 2014 ausblendet. Ähnlich den Fehlschlüssen infolge zweifelhafter Axiome zur Erklärung der Ursachen der Revolution sind künftige Fehleinschätzungen aufgrund von Missverständnissen neuer Herausforderungen der Ukraine nach der Revolution bereits programmiert. Dies gilt etwa für die Identifizierung äußerer vs. innerer Bestimmungsfaktoren für die vermutlich noch länger anhaltende Wirtschaftskrise. Obwohl der Reformprozess der Ukraine stockend und holprig sein wird, kann aufgrund neuer innen- und außenpolitischer Rahmenbedingungen damit gerechnet werden, dass die Reformen letztlich mehr oder minder konsequent umgesetzt werden.

Im Jahr 2014 überlagerten sich in der Ukraine zwei weltpolitische Großereignisse nach dem Ende des Kalten Krieges. Zum ersten begann Ende 2013 eine bis dato anhaltende soziopolitische Revolution im territorial größten vollständig in Europa gelegenen Flächenstaat und einem geopolitischem Schlüsselnd der Erde. Zum zweiten folgte darauf Ende Februar 2014 eine zunächst verdeckte und später immer offenere militärische Intervention des russischen Staates auf der Krim und im Donbass. In der Wahrnehmung vieler Beobachter verbinden sich diese beiden nachhaltigen Koordinatenverschiebungen europäischer Politik strukturell – ja in manchen Darstellungen zwingend – miteinander. Die Fokussierung vieler Beobachter auf den ukrainisch-russischen Link ist maßgeblich auf die Rolle kremlkontrollierter Massenmedien und Frontorganisationen bei der Prägung westlicher Interpretationen des Konfliktes zurückzuführen.

In etlichen europäischen intellektuellen, politischen und medialen Diskursen, nicht zuletzt in den deutschen, taucht häufig die Denkfigur von der Reaktivität des Moskauer Verhaltens im Lichte der ukrainischen innenpolitischen Entwicklungen Anfang 2014 auf. Nicht selten wird, darauf aufbauend, eine zumindest partielle Verständlichkeit – manchmal gar Unausweichlichkeit – des ungewöhnlichen außenpolitischen Handelns Moskaus eingeräumt. Meist verbindet sich solche Apologetik mit der Idee einer dominanten, wenn nicht entscheidenden Rolle des Westens bei der Heraufbeschwörung der ukrainischen Ereignisse vom Winter 2013/2014. Eine angeblich weitgehende und scheinbar inkompetente Einmischung von EU, NATO, USA, CIA, Soros-Stiftung usw. in der Ukraine hätte Russland zu seinem erratischen Handeln getrieben.

Innere Bestimmungsfaktoren der sogenannten Ukraine-Krise

Der Euromaidan war jedoch trotz seiner Bezeichnung ein wenn auch nicht ausschließlich, so doch hauptsächlich innenpolitisch und nationalgeschichtlich determiniertes Ereignis. Zum ersten rekurrierten die ukrainischen Revolutionäre in ihrer Programmatik, Rhetorik und Symbolik unentwegt auf protodemokratische Referenzpunkte in der ukrainischen Geschichte, so auf die mittelalterlichen Ortsbürgerversammlungen *witscha* (Räte) der Kiewer Rus oder die kosakischen Männerrepubliken des Dniprogebietes der Neuzeit. Beide Traditionsstränge sind nicht nur der rechtsufrigen, das heißt eher westlich beeinflussten, sondern auch der linksufrigen, das heißt stärker russisch beeinflussten Ukraine, ja teils auch dem Territorium der heutigen Russischen Föderation zuzuordnen. Dies war einer der Gründe dafür, dass der Euromaidan ein stärker gesamtnationales, das heißt von vielen russophonen Ukrainern mitgetragenes Ereignis war als die teils ethnonational orientierte Orange Revolution knapp zehn Jahre zuvor.

Zum zweiten war das Ziel einer EU-Mitgliedschaft, das für den Euromaidan tatsächlich ein Leitbild war, mitnichten eine der Ukraine von Brüssel angetragene Vision. Vielmehr stellte das 2014 unterzeichnete Assoziierungsabkommen seit dem Beginn seiner Verhandlung 2007 für die ukrainische Elite nur eine Option zweiter Wahl dar. Alle ukrainischen Parlamente und Regierungen seit der Unabhängigkeit des Landes – auch diejenigen unter den relativ prorussischen Präsidenten Leonid Kutschma und Wiktor Janukowitsch – haben einhellig und uneingeschränkt die Vollmitgliedschaft der Ukraine in der EU und nicht nur eine Assoziation zwischen Kiew und Brüssel befürwortet. Dem dutzende Male mit teils erheblicher Emotionalität vorgetrage-

nen Anliegen Kiews nach einer wenigstens langfristigen Beitrittsperspektive für die Ukraine ist Brüssel bis heute nicht nachgekommen. Von einer Einmischung der EU in die komplizierte Geopolitik Osteuropas kann vor dem Hintergrund der andauernden Zurückhaltung Brüssels gegenüber dem anhaltenden Mitgliedschaftsbegehren der Ukraine, die vollständig in Europa liegt, keine Rede sein.

Zum dritten war der Euromaidan sowohl in der Wahrnehmung vieler Ukrainer als auch bezüglich seines Führungspersonals nicht eine Fortsetzung westlicher Außenpolitik, sondern der antisowjetischen Kiewer »Revolution auf dem Granit« des Jahres 1990 und des Wahlaufstandes von 2004, das heißt der Orangen Revolution. Er stand ebenfalls in der Tradition im Ausland weniger bekannter, aber ebenfalls großer Protestaktionen auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz, etwa der »Ukraine ohne Kutschma«-Kampagne von 2000/2001 oder des Steuermaidans von 2010. Während dieser früheren Massenaaktionen zivilen Ungehorsams spielten außenpolitische Themen wie der Abschluss eines EU-Assoziierungsabkommen und eine mögliche künftige Nato-Mitgliedschaft eine noch geringere Rolle als beim Euromaidan – bzw. sie waren gänzlich abwesend. Diese und andere innere Impulse der Großdemonstrationen in Kiew und anderen ukrainischen Städten zwischen dem 21. November 2013 und dem 21. Februar 2014 waren wichtiger als die von vielen verschwörungstheoretisch interessierten Diskutanten betonte Rolle der EU und/oder der NATO bei der Zuspitzung in der Ukraine.

Die Interpretation der jüngsten Ereignisse in Kiew als schicksalhafte Geschichte eines geopolitischen Objektes und nicht als Richtungsentscheidung eines selbstbestimmten Subjektes hat wesentlich mit der bis vor kurzem weitreichenden Unkenntnis in den politischen und intellektuellen Eliten des Westens über Vergangenheit, Kultur, Politik und Gesellschaft der Ukraine zu tun. Die rudimentäre Ukrainistik in der Europäischen Union stellt bislang keine konsolidierte Disziplin dar. Daher war die Fixierung vieler Beobachter auf aus dem Kalten Krieg bekannte geopolitische Interpretationsmuster und nicht auf aktuelle regionalwissenschaftliche Erkenntnisse zur Erklärung des Euromaidans sowie des russisch-ukrainischen Konfliktes zwar bedauerlich, aber verständlich.

Anders als Nordamerika verfügt die EU über kein einziges bedeutendes wissenschaftliches Forschungszentrum oder Publikationsorgan mit ausschließlicher oder hauptsächlichem Fokus auf die Ukraine. Gewisse Abhilfe schaffen in Deutschland etwa die »Ukraine-Analysen« der Forschungsstelle Osteuropa Bremen, die Ukrainische Freie Universität München, die Deutsche Assoziation der Ukrainisten e. V., die Kiewer Gesprä-

che e. V., die Ukrainicum-Sommerschule der Universität Greifswald und ähnliche Initiativen. Dies sind jedoch Einzelaktivitäten mit bislang beschränkter gesellschaftlicher Ausstrahlung oder/und fragiler institutioneller Basis. Trotz guter Berichterstattung deutscher Qualitätszeitungen von Taz bis Welt über die Ukraine besteht daher noch immer eine erhebliche Ignoranz vieler deutscher Entscheidungsträger und Meinungsmacher bezüglich des größten vollständig in Europa gelegenen europäischen Landes. Die »Black Box« Ukraine wird nach wie vor eher als gezeichneter Pufferstaat, tragische Hybridkreatur bzw. unfreiwilliger Spielball antagonistischer Großmächte und Staatenblöcke konzipiert statt als politische Nation mit eigenständiger Geschichte, Zusammensetzung und Kultur.

Richtig ist zwar, dass der jüngste Kiewer Aufstand mit dem abrupten Stopp des EU-Ukraine-Assoziierungsprozesses durch das Janukowitsch-Regime im November 2013 seinen Anfang nahm. Zum einen war allerdings die damalige Abwendung eines Ostpartnerschaftsstaates vom Assoziierungsangebot Brüssels lediglich ein Wiederholungsfall. Wenige Wochen zuvor hatte Armenien, ein Staat mit gänzlich anderer geopolitischer Position, Bevölkerungsstruktur und internationaler Bedeutung als die Ukraine, ebenfalls unter russischem Druck, seine parallel laufende Vorbereitung eines Assoziierungsabkommens mit der EU überraschend eingestellt. Dies weist darauf hin, dass die scheinbare Schicksalhaftigkeit der ukrainischen Geo-, Ethno- und Demographie eine weniger relevante Rolle spielte als häufig behauptet.

Zum anderen wandelte sich der Charakter der ukrainischen Demonstrationen bereits in den ersten Wochen von einer kleinen Protestaktion Kiewer Intellektueller und Studenten gegen die Abwendung von Europa zu einer gesamtnationalen Massenaaktion mit breiter definierten Zielen. »Europa« stellte für viele Ukrainer während des Euromaidans eher eine zielweisende Metapher denn eine konkrete Handlungsmotivation dar. Es ging für die meisten Ukrainer weniger um Reformen zur Vorbereitung eines EU-Beitritts als um die Vorbildrolle »Europas« dafür, wie eine erneuerte Ukraine auszusehen habe. Deshalb hat sich in der Ukraine letztlich die Formel von einer palingenetischen »Revolution der Würde« und nicht der außenpolitisch fixierte »Euromaidan«-Begriff zur Bezeichnung des dreimonatigen Aufstandes durchgesetzt.

Auf dem Weg zu neuen Fehleinschätzungen?

Das Ziehen falscher Schlüsse aufgrund lückenhafter Axiome bei der Gewichtung von Bestimmungsfaktoren der Revolution der Würde könnte sich demnächst wiederholen. Unkenntnis der Ergebnisse des Euromaidans

und der tieferen Auswirkungen der russischen Intervention auf die ukrainische Wirtschaft könnte in der öffentlichen Interpretation der bislang ausbleibenden realen Ergebnisse der Reformanstrengungen Kiews zu neuerlich falschen Kausalbehauptungen führen. Während zur Erklärung des Euromaidans internationale Faktoren überbewertet und innere Triebkräfte unterbewertet wurden, deutet sich derzeit in etlichen Medienberichten und öffentlichen Debatten ein umgekehrtes künftiges Missverständnis an.

Da die Ukraine womöglich auf Jahre unter ökonomischer Stagnation bzw. sogar Depression leiden wird, könnte der Krisenzustand als Beweis ungenügenden Reformwillens, trügerischer Zuverlässigkeit und zweifelhafter Motivationen der neuen Machthaber in Kiew gelten. Eine fortgesetzte Krise könnte gar als Beleg für die mangelnde Bereitschaft der ukrainischen Gesellschaft zu tatsächlicher Europäisierung betrachtet werden. Im schlimmsten Fall könnte gesunde Skepsis gegenüber ukrainischen Politikern jedweder Couleur in eine abermalige Stereotypenbildung über das ukrainische Volk übergehen, welche an die von Russland geschürte Assoziierung der ukrainischen Nationalidee mit Ultranationalismus und Antisemitismus erinnern würde.

Grundfrage einer Identifikation der Gründe für die tiefe Rezession der ukrainischen Wirtschaft und die anhaltende Fragilität des ukrainischen Staates ist deren Rückführung auf äußere versus innere Bestimmungsfaktoren. Steht es um die Ukraine so schlecht, weil sie eine so korrupte und/oder unfähige Führung hat oder weil der ukrainische Staat durch den Hybridkrieg Russlands untergraben wird? Mit jedem weiteren Monat westlicher finanzieller Unterstützung für die Ukraine wird die Beantwortung dieser Frage im europäischen öffentlichen Diskurs an Bedeutung gewinnen. Offizielle und inoffizielle Vertreter des russischen Staates werden, so darf vermutet werden, alles in ihren Kräften Stehende versuchen, um die Ukraine als hoffnungslosen Staat mit einer moralisch und intellektuell degradierten Führung darzustellen.

In einigen bisherigen Stellungnahmen westlicher Journalisten und Politiker findet sich der vorrevolutionäre skeptisch-zynische Ansatz gegenüber dem ukrainischen Staat wieder. Diese Sichtweise läuft auf folgende Erklärung der gegenwärtigen ukrainischen Misere hinaus: »Die Namen der Entscheidungsträger in Kiew mögen sich geändert haben; die neuen Regierungsparteien mögen öffentlich für Reformen eintreten; neue Gesetze mögen in großer Zahl angenommen werden. Tatsächlich ändert sich die Struktur ukrainischer Politik aber nicht wesentlich. Oligarchie, Korruption und Hinterzimmerdeals bestimmen, wie auch vor der angeblichen Revolution der Würde, den ukrainischen Prozess.

Kein Wunder, dass es der Ukraine weiterhin schlecht geht. Da die Ukrainer selbst für diesen Zustand verantwortlich sind, sollte sich westliche Hilfe für das Land in Grenzen halten.« Zumindest aus dem Kreml wird diese Geschichte in den kommenden Jahren, so kann man risikofrei prognostizieren, ständig zu hören sein. Es ist auch zu befürchten, dass diese Story von etlichen Meinungsmachern in Europa teilweise oder gar vollständig übernommen wird.

Eine Ursachenforschung bezüglich künftiger und daher noch unbekannter Entwicklungserfolge bzw. -misserfolge kann hier noch nicht betrieben werden. Schon heute kann aber darauf verwiesen werden, dass die vor- und nachrevolutionären Strukturen der ukrainischen Politik wichtige Unterschiede aufweisen. Einige kontextuelle Voraussetzungen eines Erfolges der gegenwärtigen Reformwelle der Ukraine (weniger dagegen eines nachhaltigen Wirtschaftsaufschwungs) stellen sich heute besser dar als 2013. Nicht nur hat die Ukraine seit Ende 2014 ihr proeuropäischstes Parlament und ihre reformorientierteste Regierung seit Erlangung der Unabhängigkeit 1991, es gibt zumindest vier weitere innenpolitische Koordinatenverschiebungen, die in ihrer Summe eine pauschale Gleichsetzung vor- und nachrevolutionärer ukrainischer Politik als irreführend erscheinen lassen.

Der verbesserte Kontext ukrainischer Reformbemühungen

1. Die Rolle der ukrainischen Zivilgesellschaft im ukrainischen Gesetzgebungs- und politischen Entscheidungsprozess hat sich im Ergebnis der Revolution der Würde deutlich erhöht. Offensichtlichstes Zeichen ist die Wahl von 19 prominenten Zivilgesellschaftlern über verschiedene Parteilisten und Wahlkreise in das Parlament. Diese Euromaidan-Aktivisten bilden den Kern einer neuen interfraktionellen Gruppe, die sich »Eurooptimisten« nennt, aus 23 Abgeordneten besteht und sich die Implementierung des Assoziierungsabkommens sowie die Verhinderung von oligarchischem Einfluss auf die Legislative zur Aufgabe gemacht hat. Nicht nur die Präsenz zivilgesellschaftlicher Gruppen im öffentlichen Diskurs, sondern auch ihre Interaktion mit Staatsbeamten und ihr genereller Einfluss auf die Politik haben sich seit dem Euromaidan merklich verbessert.
2. Die Rolle westlicher Organisationen, sowohl staatlicher als auch nichtstaatlicher, bei der Vorbereitung, Formulierung, Durchführung und Bewertung der ukrainischen Wirtschafts-, Außen- und Innenpolitik hat sich seit 2013 ebenfalls erhöht. Dies gilt in erster Linie für die Europäische Union, die mit dem

2014 unterzeichneten und teiltratifizierten Assoziierungsabkommen sowie den darin vorgesehenen gemeinsamen Institutionen (Assoziierungsrat, Assoziierungskomitee usw.) eine immer markantere Rolle im täglichen politischen Leben der Ukraine spielt. Auch hat die EU – zusätzlich zu ihrer Kiewer Delegation – jüngst eine spezielle und personell gut besetzte Beobachtungsmission in der Ukraine eingerichtet.

Einer der wenigen positiven Aspekte der gegenwärtigen tiefen Wirtschaftskrise ist, dass sich der Hebel des Internationalen Währungsfonds bei der Durchsetzung überfälliger makroökonomischer Reformen durch die Notlage des ukrainischen Staatsbudgets verlängert hat. Auch andere westliche Organisationen, Medien, Stiftungen, Förderprogramme, Denkfabriken usw. haben ihr Interesse an der Ukraine im Zusammenhang mit dem Euromaidan und dem russisch-ukrainischen Krieg erhöht. Dies schafft eine neue Gemengelage in Kiew, stärkere ukrainische Interaktion mit dem Westen und daher bessere Voraussetzungen für nachhaltige Reformen in der Ukraine.

3. Die Rolle der großen Diaspora der ca. 20 Millionen Auslandsukrainer in Gesellschaft und Politik ihres Ursprungslandes hat sich durch ihre Mobilisierung während des Euromaidans und ihre anhaltende Unterstützung der ukrainischen Verteidigungsanstrengungen seit Sommer 2014 ebenfalls erhöht. Der neue Grad der Involvierung der im Westen lebenden und häufig gut ausgebildeten Auslandsukrainer wird exemplifiziert durch die Neubesetzung des womöglich schwierigsten ukrainischen Regierungsamtes, das der Finanzministerin, mit Natalja Jaresko, einer US-amerikanischen Wirtschaftsexpertin mit ukrainischem Familienhintergrund.

Nicht immer, so muss eingeräumt werden, ist der Einfluss der westlichen Diaspora auf die ukrainische Innenpolitik nutzbringend. Dies gilt insbesondere für die merkwürdig antieuropäischen Effekte des hauptsächlich aus Nordamerika reimportierten *long-distance nationalism* in der Ukraine, welcher im Frühjahr 2015 die Annahme der berüchtigten so genannten Dekommunisierungsgesetze begünstigte. Insgesamt ist jedoch die gestiegene Vernetzung zwischen den verschiedenen Diasporagemeinschaften rund um die Welt untereinander sowie zwischen diesen und der ukrainischen Zivilgesellschaft und Regierung zu begrüßen. Die neue Präsenz der Diaspora in der Ukraine verstärkt ebenfalls den Willen und die Fähigkeit zu tiefgreifenden Reformen.

4. Die Rolle des Krieges, den die Ukraine im Donbass seit Sommer 2014 de facto gegen Russland führt, ist für die ukrainische Gesellschaft zwar insgesamt

hochgradig, jedoch nicht ausschließlich negativ. Die gesamtgesellschaftliche Kriegserfahrung hat größtenteils korrodierende, jedoch in mancher Hinsicht auch disziplinierende und konsolidierende Effekte. Man könnte sogar behaupten, dass der Krieg – abstrakt gesprochen – eine positive Rolle für die ukrainische politische Nationsbildung erfüllt.

Nicht nur schafft der Krieg ein klassen- und gruppenübergreifendes nationales Zusammengehörigkeitsgefühl, eine patriotische Fokussierung der Bürger auf zentrale Staatsaufgaben und einen Zustand permanenter gesellschaftlicher Mobilisierung. Die im Krieg erbrachten Opfer erzeugen ebenfalls eine neue Ungeduld gegenüber einer schleppenden Erfüllung von Reformversprechen der Regierung sowie eine wachsende Intoleranz gegenüber Korruption und Vetternwirtschaft in der Exekutive, Legislative und Judikative. Der Krieg motiviert sowohl die Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft als auch die Kooperation verschiedener ukrainischer gesellschaftlicher Akteure über regionale, ethnische, religiöse, soziale, politische und andere Grenzen hinweg. Paradoxerweise übt der Krieg damit teilweise eine Funktion aus, die an die Effekte einer EU-Mitgliedschaftsperspektive für ein postkommunistisches Land erinnert. Nicht eine attraktive Zukunftsvision, sondern eine existentielle Gefahr schweißt heute verschiedene politische und gesellschaftliche Akteure der Ukraine zusammen.

Einige Schlussfolgerungen und ein trüber Ausblick

Die verbesserten politischen Begleitumstände und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für radikale Reformen bedeuten noch nicht, dass diese bereits in nächster Zukunft zügig und vollständig umgesetzt werden. Es ist vielmehr zu befürchten, dass der Reformverlauf schleppend sein, einem Zickzackkurs folgen und von vielen Skandalen sowie Rückschlägen begleitet sein wird. Andererseits erscheint es aufgrund der oben beschriebenen Neustrukturierung der ukrainischen Politik unwahrscheinlich, dass die Reformvorhaben, wie in den Jahren zuvor, einfach wieder versanden. Der soziale und politische Kontext hat sich derart tiefgehend verändert, dass eine bloße Wiederholung früherer Reformverwässerung durch die weiterhin vorhandenen Reformgegner, wie etwa Oligarchen und Bürokraten, schwieriger wird. Wahrscheinlich ist vor diesem Hintergrund, dass die Reformen früher oder später mehr oder minder konsequent durchgeführt werden.

Ein Problem könnte im Weiteren allerdings sein, dass die implementierten Reformen aufgrund eines fort-

gesetzten russischen Hybridkriegs sowie eine dadurch erzeugte Instabilität und Verunsicherung nicht greifen werden. Bessere gesetzliche Konditionen für ausländische Investoren könnten etwa nutzlos verpuffen, solange der ukrainische Staat die physische Sicherheit finanzieller Einlagen in ukrainische Gebäude und Ausrüstungen nicht glaubhaft garantieren kann. Dies gilt in erster Linie für jene russischsprachigen Regionen der heutigen Rumpfukraine, die sich in geographischer Nähe regulärer und irregulärer russischer Truppen an der russisch-ukrainischen Grenze, in den sogenannten Lugansker und Donezker Volksrepubliken sowie auf der Krim befinden.

Ähnliches gilt für verbesserte Gesetze und Regelungsverfahren in anderen Bereichen, die angesichts

mangelnder Souveränität des ukrainischen Staates letztlich irrelevant bleiben könnten. Sollte das gesellschaftliche, politische und geschäftliche Klima in der Ukraine auch weiterhin von Furcht vor russischer Subversion, Eskalation, Intervention, Invasion, Expansion, Okkupation, Annexion bzw. Expropriation geprägt sein, ist keine nachhaltige wirtschaftliche Erholung zu erwarten. Ohne massive in- und ausländische Investitionen jedoch kann der ukrainische Staat – ob nun reformiert oder nicht – nicht lange überleben. Sollte Russland seine Unterwanderung gesellschaftlicher Stabilität und staatlicher Sicherheit in der Ukraine nicht einstellen, wäre selbst ein gründlich durchreformierter, ja formaljuristisch zur Aufnahme in die EU bereiter ukrainischer Staat letztlich dem Tode geweiht.

Über den Autor:

Andreas Umland, Dr. phil., Ph. D., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Euro-Atlantische Kooperation Kiew, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Europaausschusses des ukrainischen Parlaments und Herausgeber der Buchreihe »Soviet and Post-Soviet Politics and Society« beim Ibidem-Verlag Stuttgart.

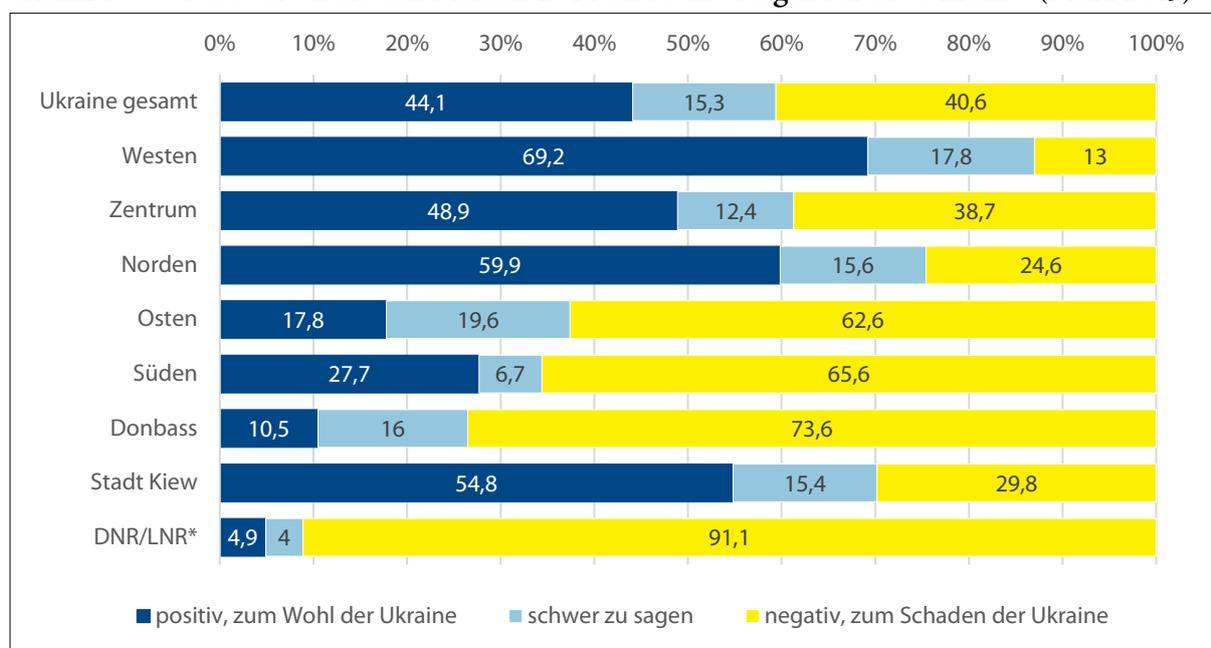
Lesetipps:

- Juri Andruchowytsh, Hg.: Euromaidan. Was in der Ukraine auf dem Spiel steht. Berlin: Suhrkamp, 2014.
- Claudia Dathe, Andreas Rosteck, Hgg.: Majdan! Ukraine, Europa. Berlin: Tapeta, 2014.
- Julie Fedor, Hg.: Russian Mass Media and the War in Ukraine (=Journal of Soviet and Post-Soviet Politics and Society 1:1). Stuttgart: *ibidem*-Verlag, 2015.
- Simon Geissbühler, Hg.: Kiew – Revolution 3.0. Der Euromaidan 2013/14 und die Zukunftsperspektiven der Ukraine (=Soviet and Post-Soviet Politics and Society 126). Stuttgart: *ibidem*-Verlag, 2014.
- David R. Marples, Frederick V. Mills, Hgg.: Ukraine's Euromaidan. Analyses of a Civil Revolution (=Soviet and Post-Soviet Politics and Society 134). Stuttgart: *ibidem*-Verlag, 2015.
- Manfred Sapper, Volker Weichsel, Hgg.: Zerreißprobe Ukraine. Konflikt, Krise, Krieg (=Osteuropa 64:5–6). Berlin: BWV, 2014.
- Manfred Sapper, Volker Weichsel, Hgg.: Gefährliche Unschärfe. Russland, die Ukraine und der Krieg im Donbass (=Osteuropa 64:9–10). Berlin: BWV, 2014.
- Manfred Sapper, Volker Weichsel, Hgg.: Zerrissen. Russland, Ukraine, Donbass (=Osteuropa 65:1–2) Berlin: BWV, 2015.
- Manfred Sapper, Katharina Raabe, Hgg.: Testfall Ukraine. Europa und seine Werte. Berlin: Suhrkamp, 2015.

UMFRAGE

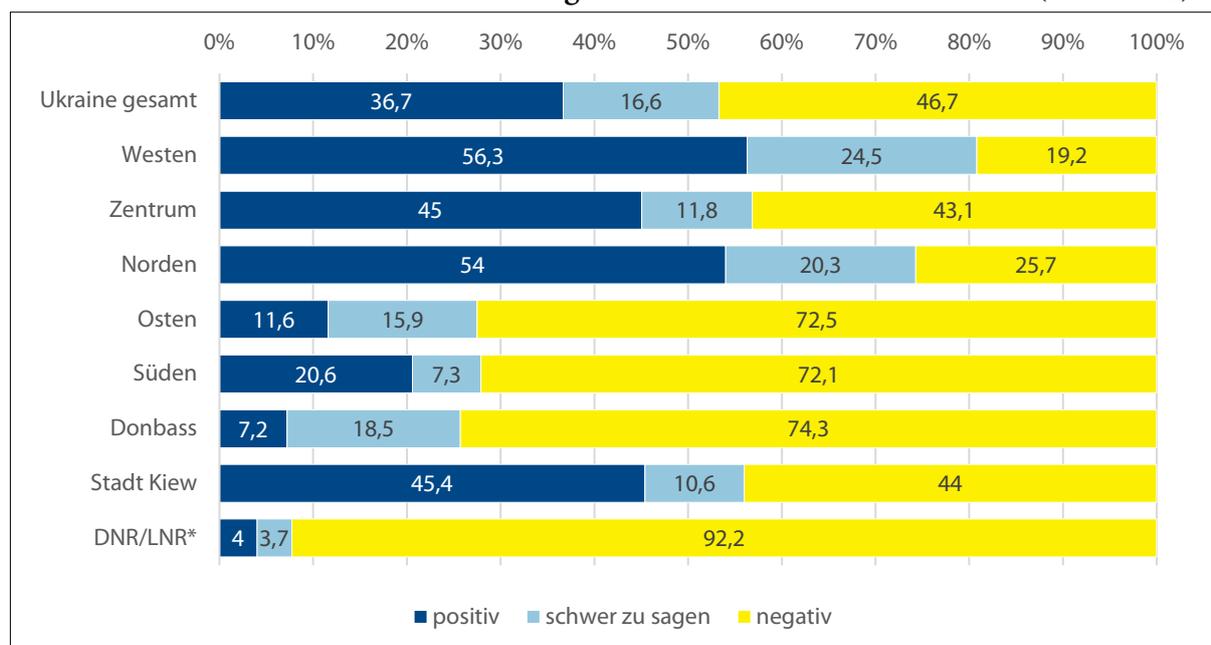
Haltung zum Maidan ein Jahr danach

Grafik 1: Wie bewerten Sie den Maidan 2014 und seine Folgen für die Ukraine? (März 2015)



* »Volksrepublik Donezk« / »Volksrepublik Luhansk«; Anmerkung: Insgesamt wurden 2.800 Menschen in allen Regionen der Ukraine außer der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol befragt. Quelle: Repräsentative Umfrage des Ukrainischen Jaremenko-Instituts für Sozialforschung (UISR), zusammen mit dem Zentrum Soziales Monitoring (SMC) vom 13. bis zum 20. März 2015, <http://www.uisr.org.ua/img/upload/files/2015%2004%2009%20PR_SMC&UISR.pdf>

Grafik 2: Wie bewerten Sie die Auswirkungen des Maidans 2014 auf Ihr Leben? (März 2015)



* »Volksrepublik Donezk« / »Volksrepublik Luhansk«; Anmerkung: Insgesamt wurden 2.800 Menschen in allen Regionen der Ukraine außer der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol befragt. Quelle: Repräsentative Umfrage des Ukrainischen Jaremenko-Instituts für Sozialforschung (UISR), zusammen mit dem Zentrum Soziales Monitoring (SMC) vom 13. bis zum 20. März 2015, <http://www.uisr.org.ua/img/upload/files/2015%2004%2009%20PR_SMC&UISR.pdf>

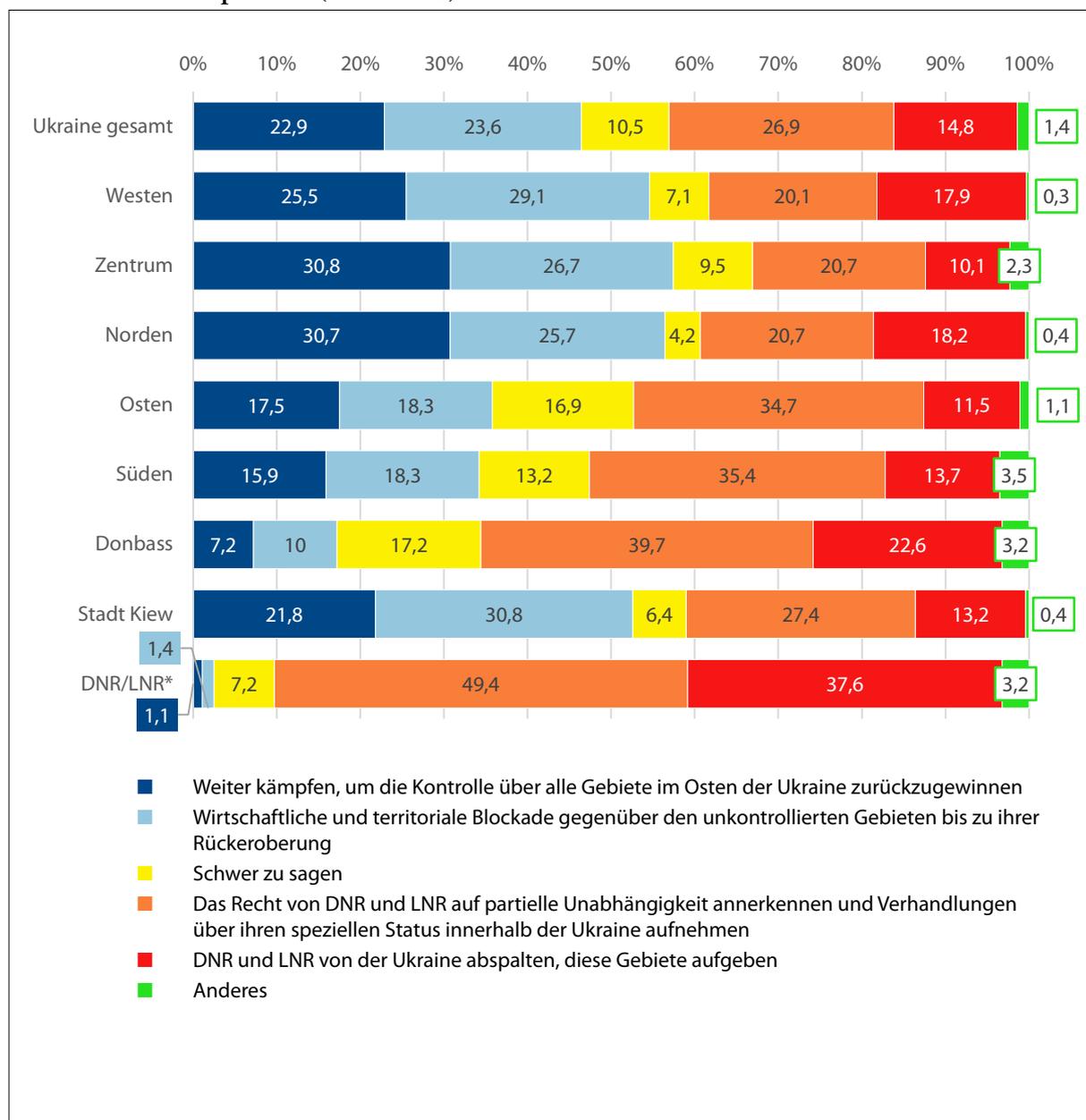
Haltung zur Krise und möglichen Auswegen

Tabelle 1: Was sind die negativen Auswirkungen der Krise auf Ihre Familie in den letzten sechs Monaten (seit September 2014)?

	<i>Ukraine gesamt</i>	Westen	Zen- trum	Norden	Osten	Süden	Don- bass	Stadt Kiew	DNR/ LNR*
Preise und Gebühren wurden angehoben	98,6	99,8	99,4	95,6	99,2	98,4	99,5	96,6	99,1
Ich blicke weniger zuversichtlich in die Zukunft	84,2	82,8	80,0	89,9	86,7	90,3	88,0	66,4	93,7
Mein Einkommen wurde gesenkt	77,5	74,7	88,7	75,9	68,3	87,6	80,5	69,4	96,6
Die Qualität der Lebensmittel, die sich meine Familie leisten kann, hat sich verschlechtert	70,8	64,2	73,0	75,2	75,2	75,1	71,8	57,0	94,0
Die Ausgaben für Urlaub, Freizeit und Ausbildung haben sich verringert	62,7	59,2	66,2	48,9	65,5	69,5	65,6	70,4	42,0
Ich habe einen Teil meiner Ersparnisse verloren	43,5	47,4	52,8	31,6	40,3	49,0	27,4	47,6	73,3
Mir wird weniger für meine Arbeit bezahlt	31,2	31,1	41,3	27,6	31,1	22,9	27,8	30,6	51,1
Ich habe meinen Job verloren und / oder konnte keinen Nebenjob finden	27,5	25,9	29,9	21,2	31,1	30,0	24,2	28,6	48,3
Meine Gehalt / meine Rente wird mit Verzögerung ausgezahlt	26,2	19,7	37,8	31,2	23,9	17,4	25,3	30,8	78,4
Es ist schwieriger geworden, Darlehen zurückzuzahlen	21,6	14,7	32,4	18,2	26,6	12,3	30,9	16,2	27,6
Ich kann keine Arbeit finden	20,7	20,2	25,0	14,6	19,6	26,4	21,0	16,8	36,2
Ich habe einen Job verloren oder musste einen neuen Job finden	13,3	11,7	18,9	9,4	15,8	10,5	11,2	11,4	32,2
Mir wird ein bei der Bank hinterlegter Betrag nicht ausgezahlt	12,1	8,2	18,6	12,4	10,7	10,0	13,9	14,2	37,4
Ich wurde zu unbezahltem Urlaub gezwungen	11	6,6	10,1	15,1	14,2	6,4	15,1	14,0	25,9
Ich kann keinen Kredit bekommen	10,2	7,2	18,0	7,9	7,2	7,5	21,8	8,0	31,6
Die finanzielle Unterstützung, die ich von meinen im Ausland tätigen Verwandten bekomme, hat sich verringert	10,1	8,8	5,8	14,7	10,1	10,2	14,5	11,4	20,7
Ich verliere möglicherweise die durch einen Kredit erworbene Immobilie	8,7	3,4	11,7	9,8	10,5	4,4	18,3	9,0	15,8
Anderes	2,8	2,1	0,4	3,7	2,4	1,1	11,3	5,4	9,2

* »Volksrepublik Donezk« / »Volksrepublik Luhansk«; Anmerkung: Insgesamt wurden 2.800 Menschen in allen Regionen der Ukraine außer der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol befragt. Quelle: Repräsentative Umfrage des Ukrainischen Jaremenko-Instituts für Sozialforschung (UISR), zusammen mit dem Zentrum Soziales Monitoring (SMC) vom 13. bis zum 20. März 2015, <http://www.uisr.org.ua/img/upload/files/2015%2004%2009%20PR_SMC&UISR.pdf>

Grafik 1: Welche der Szenarien zur Lösung des Konflikts im Osten der Ukraine sind Sie bereit zu akzeptieren? (März 2015)

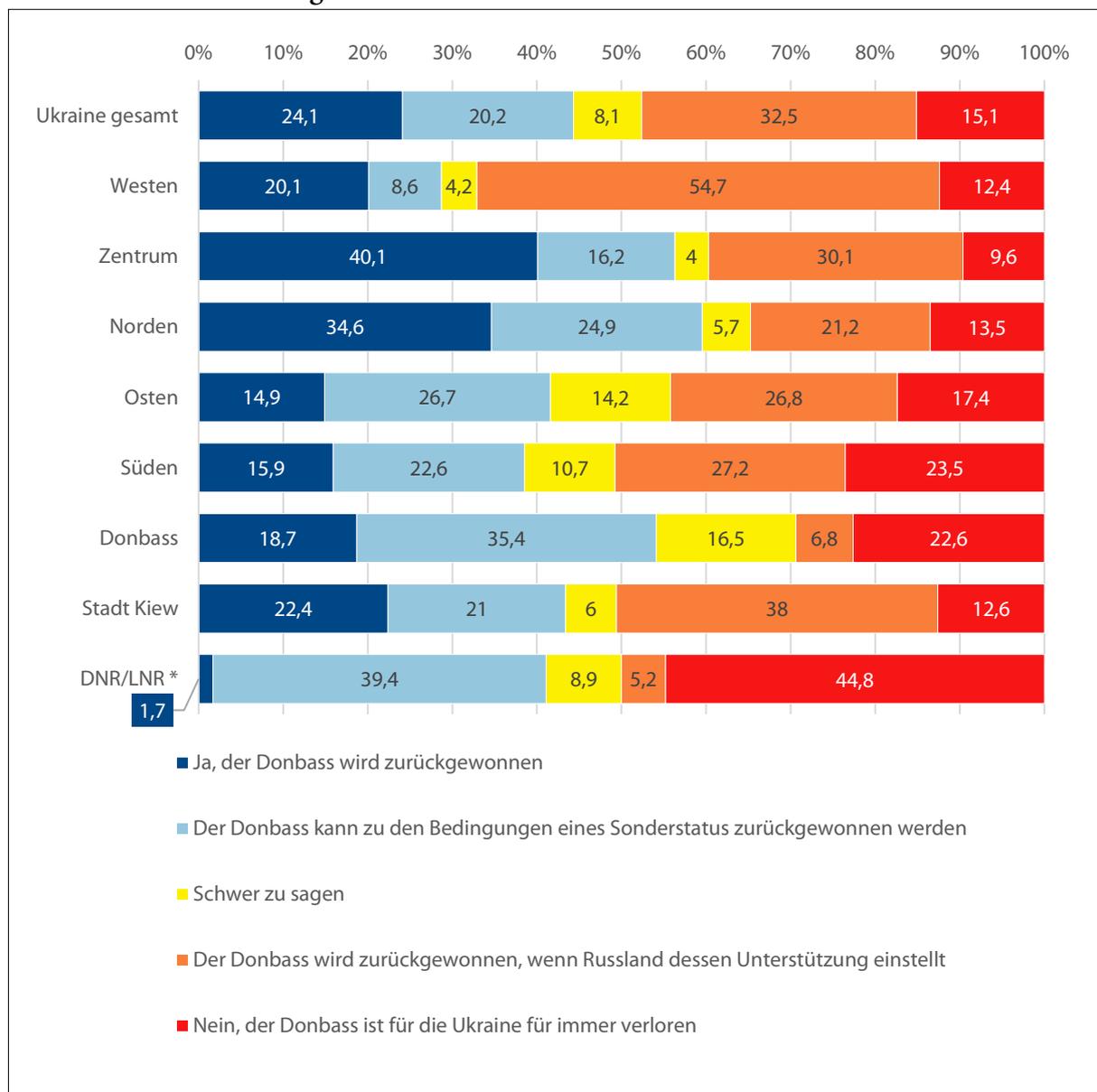


* »Volksrepublik Donezk« / »Volksrepublik Luhansk«

Anmerkung: Insgesamt wurden 2.800 Menschen in allen Regionen der Ukraine außer der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol befragt.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Ukrainischen Jaremenko-Instituts für Sozialforschung (UISR), zusammen mit dem Zentrum Soziales Monitoring (SMC) vom 13. bis zum 20. März 2015, <http://www.uisr.org.ua/img/upload/files/2015%2004%2009%20PR_SMC&UISR.pdf>

Grafik 2: Halten Sie es für möglich, die volle Kontrolle über die Zone der »Anti-Terror-Operation« zurückzugewinnen?



* »Volksrepublik Donezk« / »Volksrepublik Luhansk«

Anmerkung: Insgesamt wurden 2.800 Menschen in allen Regionen der Ukraine außer der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol befragt.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Ukrainischen Jaremenko-Instituts für Sozialforschung (UISR), zusammen mit dem Zentrum Soziales Monitoring (SMC) vom 13. bis zum 20. März 2015, <http://www.uisr.org.ua/img/upload/files/2015%2004%2009%20PR_SMC&UISR.pdf>

Pazifismus, Patriotismus und Reformismus: Öffentlichkeitsstrategien der Oligarchen nach dem Maidan

Von Steffen Halling, Berlin

Zusammenfassung

Die Oligarchen sind nach dem Sieg des Maidan über Janukowytsch und dem Krieg im Donbass in große Bedrängnis geraten. Als Stützen und Profiteure eines Systems, das über Jahre Partikularinteressen dem Gemeinwohl übergeordnet hat, stehen sie auch öffentlich unter Druck. Ihr Kampf um Legitimation im In- und Ausland zeigt unterschiedliche Strategien auf und ist als Spiegelbild ihrer Positionen im Machtgefüge der Post-Maidan-Ukraine zu betrachten.

Einleitung

Um Entscheidungen zu beeinflussen, die ihren wirtschaftlichen Profit steigern, haben Oligarchen in der Ukraine in der Vergangenheit oft unterschiedliche politische Lager unterstützt, Massenmedien unter ihre Kontrolle gebracht und stellenweise formale politische Ämter übernommen. Seit der Orangen Revolution haben einige Oligarchen angefangen zu versuchen, ihr Öffentlichkeitsbild positiv zu beeinflussen. Auch dies stellt einen relevanten Bestandteil ihrer Strategien dar. Die öffentliche Meinung gezielt zu beeinflussen und sich vom negativ besetzten Oligarchen-Bild zu distanzieren, kann als Versuch gewertet werden, Legitimation zu gewinnen und das Risiko zu verringern, Strafverfahren oder Enteignungen ausgesetzt zu werden. Schließlich lässt sich argumentieren, dass die im bislang autoritär-kompetitiven System der Ukraine ohnehin fragilen Eigentumsrechte der Oligarchen einer noch größeren Gefahr ausgesetzt sind, wenn sie in der Gesellschaft als illegitim betrachtet werden. Widersacher und Konkurrenten können den als illegitim betrachteten Reichtum der Oligarchen nicht nur politisch instrumentalisieren, sondern auch selbst unter öffentlichen Handlungsdruck geraten, die Macht der Oligarchen zu begrenzen.

Dies deutete sich erstmals im Zuge der Orangen Revolution an. Umfangreiche Reprivatisierungspläne der damaligen orangen Koalition stießen nicht nur auf große Zustimmung in der Bevölkerung. Auch war die mit einer Nationalisierung und Reprivatisierung des Eigentums der Oligarchen verbundene Entmachtung der in der Bevölkerung als »Banditen« titulierten Akteure Teil der öffentlichen Erwartungshaltung gegenüber der aus den Demonstrationen des Winters 2004/2005 hervorgegangenen politischen Führung. Aber auch international kommt der Image-Arbeit der Oligarchen Relevanz zu. Sie kann beispielsweise dann eine Rolle spielen, wenn es darum geht, inwieweit die Oligarchen als »Partner« fungieren können oder aber ob und inwiefern sie für Fehlverhalten sanktioniert werden müssen.

Die »Deoligarchisierung«

Nach dem Sturz Janukowytschs und dem möglichen politischen Umbruch in Folge der Maidan-Proteste, die mit Ausnahme des heutigen Präsidenten Poroschenko zunächst keiner der Oligarchen offen unterstützte, dem Krieg im Donbass sowie der tiefgreifenden Wirtschaftskrise sehen sich die Oligarchen, aber auch die politische Führung heute einem weitaus größeren öffentlichen Druck ausgesetzt als zuvor. Exemplarisch drückt sich die negative Einstellung gegenüber den Oligarchen in einer von der ukrainischen Wochenzeitung *Dzerkalo Tyzhnja* zum Jahreswechsel 2014/2015 in Auftrag gegebenen Umfrage aus: Gefragt danach, was mit dem Eigentum der Oligarchen geschehen sollte, war mit 26,3 % die häufigste Antwort, dass das gesamte Eigentum der Oligarchen verstaatlicht werden solle. Gleichzeitig zeigten sich mehr als 90 % der Befragten überzeugt, dass die Oligarchen auch knapp ein Jahr nach dem Sturz Janukowytschs ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss beibehalten konnten. Eine Entmachtung der Oligarchen findet in der Bevölkerung entsprechend Rückhalt und kann als Teil des Mandats betrachtet werden, das Präsident Poroschenko, der selbst mit dem Versprechen angetreten war, seine Unternehmensbeteiligungen zu verkaufen, durch seine Wahl im Mai 2014 erhalten hat. Schließlich gilt es im Einklang mit den politischen Zielen des Maidan zu verhindern, dass auch in Zukunft weiterhin Partikularinteressen einer kleinen Gruppe politisch aktiver Unternehmer sich dem Gemeinwohl überordnen.

Die gegenüber dem Staat bestehende Erwartungshaltung im Umgang mit den Oligarchen hat jüngst im Begriff der »Deoligarchisierung« (*Deoligarchizacija*) Ausdruck gefunden. Der Begriff hat sich zu einem Schlagwort des politischen Reformdiskurses in der Ukraine entwickelt. Gemeint ist, dass die politische und wirtschaftliche Macht der Oligarchen gebrochen werden soll. Poroschenko hob die Deoligarchisierung der Ukraine zuletzt Anfang Juni 2015 in seiner Ansprache vor der Werchowna Rada als eine Grundvoraussetzung hervor,

um die Korruption im Land zu bekämpfen und eine nachhaltige Veränderung des politischen Systems herbeizuführen. Er selbst stellte dabei einen historischen Vergleich zu den USA der 1930er Jahre an und verkündete, so entschlossen zu handeln wie einst Theodore Roosevelt bei der Durchsetzung des Wettbewerbsrechtes. Die für die Ukraine heute wichtigsten Bestandteile der Deoligarchisierung seien Poroschenko zufolge die Zerschlagung bestehender Monopole, die Stärkung der staatlichen Kontrolle im Rohstoffsektor sowie der Übergang zu einer aus dem Staatshaushalt erfolgenden Parteienfinanzierung.

Der Einflussverlust der »Oligarchen-Troika«

Neben jenen Oligarchen, die dem Familien-Clan Janukowytschs zuzuordnen sind und mit dessen Sturz ihren Einfluss entsprechend verloren haben, sind es vor allem drei Oligarchen, die zuletzt unter starken Druck geraten sind: Hierzu gehört Ihor Kolomojskij, der nach dem Sturz Janukowytschs zunächst deutlich an Einfluss gewann und vom damaligen Übergangspräsidenten Turttschinow zum Gouverneur der Provinz Dnipropetrowsk ernannt wurde. Im März 2015 eskalierte jedoch ein Konflikt um Kolomojskij's Beteiligungen am staatlichen Ölförderunternehmen Ukrnafta. Gängige Praxis war es zuvor gewesen, dass Kolomojskij mit einer Sperrminorität Aktionärsversammlungen des Unternehmens blockieren konnte. Relevante Entscheidungen wie auch die Ausschüttung von Dividenden an den Staat mussten dementsprechend mit ihm ausgehandelt werden. Kurz nachdem das Parlament durch eine entsprechende Gesetzesänderung beschlossen hatte, dieser Praxis ein Ende zu setzen, wurde Kolomojskij's Einfluss auch im staatlichen Ölförderunternehmen Ukrtransnafta zurückgedrängt. Der Absetzung des Chefs des Unternehmens, der lange Zeit dafür gesorgt hatte, dass Kolomojskij's Unternehmen mit lukrativen Aufträgen versorgt wurden, stellte Kolomojskij eine Gruppe bewaffneter Männer entgegen, die das Gebäude des Unternehmens kurzzeitig blockierten. Kolomojskij scheiterte mit dem Versuch der gewaltsamen Übernahme. Zudem musste er seinen Gouverneursposten räumen. Die Ernennung des ehemaligen Präsidenten Georgiens Michail Saakaschwili zum Gouverneur der Provinz Odessa stellt einen weiteren Versuch dar, Kolomojskij zu schwächen und den vor allem aufgrund von Schmuggelaktivitäten lukrativen Hafen von Odessa seiner Einflussphäre zu entziehen. Saakaschwili's Vorgänger Ihor Palytsia ist ein ehemaliger Manager von Ukrnafta und gilt als Vertrauter Kolomojskij's.

Auch Rinat Achmetow, der bisher nicht nur reichste, sondern unter Janukowytsch auch mächtigste Oligarch der Ukraine, hat deutlich an Einfluss verloren. Dafür sind zwei Entwicklungen verantwortlich: Zum einen ist

es Achmetow nach dem Sturz von Janukowytsch und dem Zerfall der Partei der Regionen nicht gelungen, seinen politischen Einfluss auf die Exekutive und die Legislative aufrechtzuerhalten. Am offensichtlichsten zeigt sich dies am Parlament, wo Achmetow bis zu den Wahlen 2014 Dutzende von Abgeordneten kontrollierte. Heute wird ihm hingegen lediglich die Kontrolle einer weitgehend handlungsunfähigen Abgeordnetengruppe im sogenannten Oppositionsblock zugeschrieben. Zum anderen haben sich durch den Krieg im Donbass und den Kontrollverlust über Teile der Regionen Donezk und Luhansk die politische und Teile der wirtschaftlichen Basis Achmetow's dem Einfluss Kiew's entzogen. Für Achmetow, der zumindest anfangs den Separatismus im Donbass unterstützt oder zumindest toleriert haben soll, um den in Folge des Maidan eingetretenen politischen Einflussverlust als Vermittler zwischen dem Donbass und Kiew kompensieren zu können, bedeutet dies, dass er sowohl mit der Regierung in Kiew als auch mit Machthabern im Donbass verhandeln muss. Auch wenn Achmetow herbe Einbußen erlitten hat und sein Vermögen nach Angaben des Magazins Forbes um knapp 60% eingebrochen sein soll, sind Teile seiner Vermögen im Donbass nach wie vor intakt. Auch spielt Achmetow bis heute eine sehr wichtige Rolle in der ukrainischen Elektrizitätswirtschaft. Die Ankündigung Poroschenko's, den Energiemarkt zu »deoligarchisieren«, deutet jedoch darauf hin, dass Achmetow's Monopolstellung unter den neuen Kiewer Machtverhältnissen nicht mehr garantiert ist.

Dmytro Firtasch, der im März 2014 auf Ersuchen eines US-amerikanischen Gerichts unter Korruptionsverdacht in Wien festgenommen wurde, einer Auslieferung jedoch entging, weil ein österreichisches Gericht die gegen ihn erhobene Anklage als in Teilen politisch motiviert bewertete, ist von allen Oligarchen in die größte Bedrängnis geraten. Zwar schien es zunächst so, als ob Firtasch, der unter Janukowytsch großen Einfluss genoss und als einer der wenigen Oligarchen eindeutig als wichtiger Unterstützer des Ex-Präsidenten galt, durch die parallele Unterstützung der Partei UDAR von Witalij Klitschko auch unter den neuen Machtverhältnissen in Kiew seinen Einfluss behalten könnte. Darauf deutete vor allem ein Treffen zwischen Firtasch, Poroschenko und Klitschko im April 2014 in Wien hin, bei dem sich darauf geeinigt wurde, dass Klitschko auf eine Kandidatur um das Präsidentenamt verzichten, Poroschenko unterstützen und stattdessen für das Bürgermeisteramt in Kiew kandidieren sollte. Auch wenn Poroschenko vehement abstreitet, dass dabei auch mit Firtasch Vereinbarungen getroffen worden seien, gelten informelle Einigungen in der ukrainischen Politik als wahrscheinlich. Nachdem Firtasch's Nadra-Bank

jedoch bereits im Februar 2015 von der Nationalbank für insolvent erklärt wurde, kündigte Regierungschef Arsenij Jazenjuk unlängst an, zwei Chemiewerke, die sich im Besitz des Oligarchen befinden und eine wichtige Rolle in der ukrainischen Agrarwirtschaft spielen, zu verstaatlichen. Firtasch hatte zuvor, nachdem ein Kiwer Gericht die Beschlagnahmung von 500 Millionen Kubikmetern Erdgas seiner Holding Ostchem angeordnet und das ukrainische Innenministerium unter dem Vorwurf der Veruntreuung und Unterschlagung die Prüfung einer Konfiszierung von mehr als einhundert Immobilien des Oligarchen angekündigt hatte, gedroht, die Düngerproduktion in den beiden Werken ruhen zu lassen. Seinen Einfluss in der Chemie- und Düngemittelindustrie hatte Firtasch im Laufe der Präsidentschaft Janukowytschs deutlich ausweiten können. Auch soll er seit Jahren Gas für seine Unternehmen aus Russland zu Sonderkonditionen erhalten haben und als eine Art Strohmännchen des Kremls in der Ukraine fungiert haben.

Öffentlichkeitsstrategien der Oligarchen

Kolomojskij, Firtasch und Achmetow sind schließlich auch jene Oligarchen, die öffentlich am stärksten, jedoch in sehr unterschiedlicher Art und Weise in Erscheinung treten. Wie sie dabei auf den ihnen gegenüber bestehenden Druck reagieren und welches Bild sie von sich in der Öffentlichkeit zeichnen, zeigt verschiedene Strategien auf.

Achmetow – der »Pazifist«

Rinat Achmetow hat von den drei genannten Oligarchen in der Vergangenheit die stärksten Versuche unternommen, als Philanthrop und verantwortungsbewusster Unternehmer aufzutreten. Hierfür gab seine Stiftung, die »Rinat Akhmetov Foundation for Development of Ukraine«, seit ihrer Gründung 2005 nach eigenen Angaben etwa zwanzig Millionen Euro jährlich für Wohltätigkeitsprojekte aus. Im Fokus der Stiftungsarbeit standen Projekte im Bereich der Gesundheitsvorsorge, die Arbeit mit Waisenkindern sowie die Unterstützung von Bedürftigen in Folge von Naturkatastrophen, Unfällen in Kohlegruben und anderen Notsituationen. Am stärksten zeigte die Stiftung in Achmetows Heimatregion, dem Donbass, Präsenz. Um sein Image als Gönner und Förderer in »seiner« Region zu bestärken, fungierte neben seiner Stiftung insbesondere auch der Fußballverein Schachtar Donezk. Durch Investitionen in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro in Infrastruktur, Spieler und Nachwuchs gelang es Achmetow, dem Verein national und international zu Prestige zu verhelfen. Die Omnipräsenz der das Bergarbeiter-Image tragenden Marke »Schachtar« sowie niedrige Eintrittspreise zu Spielen in der hochmodernen Donbass-Arena lie-

ßen auch einkommensschwache Menschen am Erfolg des von Achmetow finanzierten Fußballklubs teilhaben und förderten die regionale Identität.

Seit dem Sturz Janukowytschs und dem Ausbruch des Krieges im Donbass verfolgt Achmetow nach außen zwei Strategien: Zum einen versucht er, sich vom Separatismus im Donbass zu distanzieren und somit Spekulationen über eine mögliche Unterstützung der Separatisten von sich zu weisen. Während er sich mit politischen Statements in den vergangenen Jahren und auch zu Beginn der Unruhen im Donbass zurückgehalten hatte, stellte sein Aufruf zum Protest gegen die selbsternannte »Donezker Volksrepublik« im Mai 2014 ein Novum seines öffentlichen Auftretens dar. Im Gegensatz zu Donezk, wo seine Aufrufe folgenlos blieben, gelang es ihm, Arbeiter seiner in der Hafenstadt Mariupol ansässigen Stahlwerke Asowstal und Iljitsch gegen den Separatismus zu mobilisieren. Mit der Distanzierung vom Separatismus bezog Achmetow jedoch keine dezidiert pro-ukrainische Position, sondern appellierte vielmehr stets sehr allgemein an beide Konfliktparteien, das »Blutvergießen« zu beenden und für den »Frieden« einzutreten. Auch wenn ihn seine anfängliche Passivität gegen den von Russland geschürten Separatismus im Donbass in der Ukraine in Bedrängnis gebracht hat, so scheint sein in Mariupol demonstriertes entschiedenes Vorgehen gegen den Separatismus dazu beigetragen zu haben, dass er sich bislang einem noch größeren Druck entziehen konnte.

Eine zweite öffentliche Strategie Achmetows ist es, gegen die humanitäre Notlage der von den Kriegshandlungen betroffenen Bevölkerung im Donbass anzugehen. Hierfür betreibt seine Stiftung seit August 2014 ein humanitäres Zentrum, das auf beiden Seiten der Front operiert. Die Schwerpunkte der Arbeit liegen zum einen darin, Hilfslieferungen in die Region zu schicken, und zum anderen in der Evakuierung, psychologischen Behandlung und vorübergehenden Unterbringung von Binnenflüchtlingen. Nach Angaben der Stiftung Achmetows, die Neutralität im Konflikt betonen möchte und seit Aufnahme ihrer humanitären Arbeit den früheren Zusatz »Für die Entwicklung der Ukraine« aus ihrem Namen gestrichen hat, wurden bislang mehr als drei Millionen Pakete mit Grundnahrungsmitteln in die Region gebracht, knapp 40.000 Menschen evakuiert und mehr als 20.000 Menschen mit medizinischen Produkten versorgt. Dass Hilfslieferungen in die selbsternannten Volksrepubliken zugelassen werden, deutet darauf hin, dass den dortigen Machthabern Achmetows Spenden zur Verringerung der bestehenden Versorgungsknappheit nützlich sind. Gleichzeitig versucht Achmetow durch sein Vorgehen, seinem in der Region jahrelang aufgebautem lokalpatriotischen Image zu ent-

sprechen. Dies kann dazu beitragen, auch in Zukunft in der Region wirtschaftlich aktiv sein zu können und Enteignungen die Legitimationsgrundlage zu entziehen.

Kolomojskij – der »Patriot«

Ähnlich wie Achmetow ist Kolomojskij lange Zeit vor allem als Patron seiner Heimatregion Dnipropetrowsk in Erscheinung getreten, insbesondere durch die Finanzierung des Fußballklubs Dnipro Dnipropetrowsk sowie sein Engagement in der jüdischen Gemeinde, die zu einer der größten in Europa gehört. Nach dem Sturz Janukowytchs hat er im Unterschied zu Achmetow jedoch nicht versucht, sich von der Politik zu distanzieren. Im Gegenteil: Kolomojskij, der während der Präsidentschaft Janukowytchs kaum sichtbar gewesen ist, bezog unmittelbar nach dem Sturz Janukowytchs deutliche politische Positionen und sprach sich klar für die territoriale Integrität der Ukraine aus. Bereits im Februar 2014, als Janukowytch Kiew verlassen und das Parlament ihn für abgesetzt erklärt hatte, kritisierte er einen Parteitag der Partei der Regionen »für die südlichen und östlichen Landesteile«, den der damalige Gouverneur der Region Charkiw, Michail Dobkin, ausgerufen hatte, auf das Schärfste. Separatismus, dessen Förderung er den Veranstaltern vorwarf, werde in Dnipropetrowsk keine Chance haben. Tatsächlich wird es in erster Linie dem Vorgehen Kolomojskijs zugeschrieben, dass die an Donezk angrenzende Region Dnipropetrowsk vom bewaffneten Konflikt verschont geblieben ist. Als Gouverneur, dessen Posten er seit März 2014 bekleidete, gelang es ihm, die Region zu stabilisieren. Im Unterschied zu Achmetow, der den ihm vom damaligen Übergangspräsidenten Turtschinow angebotenen Gouverneursposten in der Region Donezk ablehnte, konnte Kolomojskij durch das Engagement seine Popularität in der Ukraine immens steigern und das Image eines treuen Patrioten aufbauen – dies vor allem auch deshalb, weil Kolomojskij zeitweise Gehaltszahlungen an öffentliche Bedienstete sowie die Versorgung von Armeeeinheiten in Dnipropetrowsk aus seinem Privatvermögen finanzierte. Ferner setzte Kolomojskij nicht nur Kopfgeld auf Separatisten aus, sondern übernahm auch den Aufbau von Freiwilligenbataillonen. Kolomojskijs Vormachtstellung in Dnipropetrowsk wurde als dermaßen hoch eingeschätzt, dass im Zuge des jüngsten Konfliktes mit der Regierung Befürchtungen laut wurden, dass seine Absetzung als Gouverneur sowie sein Einflussverlust in Kiew zu Instabilität führen und Bürgerunruhen in der Region nach sich ziehen könnten. Da Kolomojskij allerdings kaum ein Interesse an einem Erstarken von pro-russischen Kräften in der Region haben kann, ist vielmehr davon auszugehen, dass er auch in Zukunft versuchen wird, vom politischen Kapital, das er und sein Umfeld aufbauen konnten, zu profitieren.

Firtasch – der »Reformer«

Auch Firtasch betreibt eine eigene Stiftung, die seit 2008 vor allem im Bereich der Förderung von Wissenschafts- und Kultureinrichtungen in der Ukraine sowie in Großbritannien aktiv ist. Gefördert wird von ihm unter anderem das »Ukrainian-Studies«-Programm an der University of Cambridge sowie ein Stipendienprogramm, das ukrainischen Studierenden die Möglichkeit bieten soll, ein Jahr in Cambridge zu studieren. Zu seinen Wohltätigkeitsaktivitäten zählt er auch die Finanzierung der 2013 in London veranstalteten »Days of Ukraine in the UK«. Außerdem hat Firtasch mehrere Bildungs- und Kultureinrichtungen in Tscherniwzi, wo er seine unternehmerische Karriere Ende der 1980er Jahre begonnen hat, finanziert. 2011 wurde er hier von Kyrill I., dem Vorsteher der Russisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats, für seine Spenden für den Aufbau der Trojeschina-Kathedrale mit einem kirchlichen Orden ausgezeichnet.

Öffentlich Schlagzeilen machte Firtasch im März 2015, als er in Wien, wenige Wochen vor der Entscheidung über seine Auslieferung in die USA, im Rahmen des internationalen Forums »Ukraine Tomorrow« unter der Anwesenheit einer Reihe namhafter europäischer Politiker – darunter auch Personen, zu denen er nachweislich Verbindungen durch sein Engagement in Großbritannien pflegt – die »Agentur zur Modernisierung der Ukraine« gründete. Aufgabe der Agentur soll es sein, dass ein Gremium aus acht Beratern innerhalb von 200 Tagen ein »Reformprogramm« für die Ukraine erarbeitet. Offiziell erfolgte die Gründung der Agentur auf Initiative des Ukrainischen Arbeitgeberverbandes sowie des Ukrainischen Gewerkschaftsverbandes. Firtasch, der als Präsident des Ukrainischen Arbeitgeberverbandes fungiert und öffentlich im In- und Ausland unter diesem Label auftritt, äußerte sich parallel zum Wiener Forum in mehreren ukrainischen und internationalen Medien ausgesprochen kritisch über die ukrainische Regierung, die sich nicht durch Reformen, sondern durch Korruption und Untätigkeit auszeichne. In Interviews vertrat Firtasch dabei folgende Kernpositionen: Zum einen sprach er sich gegen Waffenlieferungen an die Ukraine aus. Stattdessen solle Europa einen »Marshallplan« für die Ukraine in Höhe von 300 Milliarden Euro auflegen. Auch sei es notwendig, eine Freihandelszone zwischen der EU und Russland zu errichten. Außerdem sprach er sich für eine »Föderalisierung« der Ukraine aus und bezeichnete das Sanktionsregime gegen Russland als »dumm«. Kritische Beobachter haben nicht zuletzt aufgrund seiner fragwürdigen Vergangenheit, seiner Beziehungen nach Russland sowie der auffälligen Ähnlichkeit seiner Rhetorik mit den offiziellen »Reformvorschlägen« des Kremls für die Ukraine darauf hingewiesen,

dass Firtasch mit der Agentur vor allen Dingen versuche, sein Image im Ausland zu polieren, gleichzeitig jedoch auch eine parallele Reformagenda und Außenpolitik gegenüber Russland und der Ukraine lobbyiere. Während die von Firtasch initiierte Gründung der Agentur in Wien sich offensichtlich vorrangig an einen ausländischen Adressatenkreis richtet, zeichnet er von sich das Bild eines »Reformers«, der in Opposition zur Regierung steht, zuletzt verstärkt auch in der Ukraine selbst. Im Zuge der jüngsten Eskalation des Konfliktes um seine Wirtschaftsaktivitäten bezeichnete er in einem Interview, das Anfang Juni 2015 in dem ihm und seinem Vertrauten Serhij Ljowotschkin gehörendem Fernsehsender »Inter«, dem größten privaten TV-Kanal des Landes, ausgestrahlt wurde, den Kampf der Regierung gegen die Oligarchen als einen Angriff auf das gesamte ukrainische Unternehmertum. Als Präsident des Unternehmerverbandes warf er der Regierung zudem vor, kein Interesse an einer Beendigung des Krieges im Donbass zu haben, da dieser der Regierung diene, indem er von ihrer Reformuntätigkeit ablenke. Parallel meldete sich der ehemalige Kanzleichef Janukowytschs und derzeitige Abgeordnete des Oppositionsblocks Ljowotschkin in einem Gastbeitrag in der *Zeit* zu Wort, in dem er Poroschenko als »Spalter« der Ukraine bezeichnete und auf Unterdrückungsversuche hinwies, denen die Opposition in der Ukraine derzeit ausgesetzt sei. Firtaschs Versuch, sich öffentlich als Oppositioneller zu profilieren, ist für ukrainische Oligarchen recht untypisch. Sein Kalkül scheint jedoch nicht nur zu sein, den aus den Überresten der Partei der Regionen hervorgegangenen Oppositionsblock zu stärken, sondern auch sämtliche gegen ihn geführten strafrechtlichen Ermittlungen dem Vorwurf einer politischen Motivation auszusetzen.

Fazit

Die unterschiedlichen Strategien, mit denen ukrainische Oligarchen öffentlich handeln, stellen nicht nur eine Reaktion auf den ihnen gegenüber ausgeübten Druck dar, sondern auch ein Spiegelbild ihrer unterschiedlichen Positionen im Machtgefüge der Post-Maidan-Ukraine. Darüber hinaus sind ihre Öffentlichkeitsstrategien auch existenzieller Bestandteil ihrer tatsächlichen Handlungsstrategien um Einfluss- und Machtsicherung und orientieren sich an ihren jeweiligen Geschäftsinteressen.

Rinat Achmetow gibt nach außen politische Neutralität vor, indem er sich vom Separatismus im Donbass distanziert hat, gleichzeitig jedoch nur verhaltene pro-ukrainische Positionen vertritt. Vielmehr stellt er sich selbst als Lokalpatrioten dar und gibt die Bekämpfung einer nationalen Katastrophe vor. Da seine Geschäftsinteressen sowohl im Donbass als auch in der übrigen Ukraine liegen und er gleichzeitig auch auf funktio-

nierende Beziehungen sowohl zu Russland als auch zu Europa angewiesen ist, bewegt er sich dabei in einem sehr engen Korridor.

Ihor Kolomojskij hat indes zunächst von der mit dem Separatismus im Donbass einhergehenden russischen Aggression nach dem Sturz Janukowytschs profitieren und einen deutlichen Machtzuwachs verzeichnen können. Indem er sich öffentlich als Patriot profiliert und in der vulnerablen Region Dnipropetrowsk für Stabilität gesorgt hat, ist es ihm gelungen, Sympathien in der Bevölkerung zu gewinnen. Seine Ernennung zum Gouverneur wurde öffentlich toleriert, obwohl sich der Maidan insbesondere auch gegen Akteure wie ihn richtete. Zwar präsentierte sich Kolomojskij durch die Demonstration seiner Einflussmöglichkeiten als unverzichtbar, dennoch ist sein Versuch, das staatliche Gewaltmonopol im Zuge des Konfliktes um die Unternehmen Ukrnafta und Ukrtransnafta zu unterwandern, gescheitert. Da er wirtschaftlich in besonderem Maße von der Existenz der Ukraine abhängt, bleiben ihm jedoch keine anderen plausiblen Alternativen, als sich mit der Regierung zu arrangieren und zu versuchen, seinen Einfluss in den bestehenden Verhältnissen und Strukturen zu erneuern.

Dmytro Firtasch steht nicht nur national, sondern auch international unter größtem Druck. Im Ausland versucht er, seine Reputation zu pflegen, indem er sich als Reformler präsentiert. Zunächst schien es, als gelänge ihm der Versuch, namhafte internationale Fürsprecher für eine Reformagenda zu gewinnen, die seinen Einfluss in der Ukraine zukünftig sichern könnte und gleichzeitig der Position Russlands entgegenkommt. Mehrere ursprünglich in das Projekt der »Agentur zur Modernisierung der Ukraine« eingebundene Politiker, darunter Peer Steinbrück, haben ihre Arbeit mit Firtasch zuletzt jedoch aufgekündigt. In der Ukraine geht Firtasch derzeit öffentlich auf Distanz zur Regierung und tritt als Sprachrohr des Unternehmertums sowie der Opposition auf. Seine aktiv betriebene Politisierung kann – ähnlich wie seine Verteidigungsstrategie beim Prozess in Wien um seine Auslieferung in die USA – dazu dienen, sich als politisch motiviertes Opfer zu stilisieren.

Gemein ist allen drei hier betrachteten Oligarchen, dass sie zuletzt deutlich an politischem und wirtschaftlichem Einfluss verloren haben. Ob sie dadurch mittelfristig auch ihren Oligarchen-Status verlieren, dessen Voraussetzung es ist, auf nationaler Ebene politische Entscheidungen beeinflussen zu können und gleichzeitig eine tragende volkswirtschaftliche Relevanz einzunehmen – und ob gegebenenfalls andere politisch aktive Unternehmer in entstehende Lücken stoßen werden –, wird sich allerdings erst in Zukunft zeigen.

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor:

Steffen Halling ist Doktorand der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Promotionsstipendiat in der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien an der Stiftung Wissenschaft und Politik. Er forscht zu Oligarchen in der Ukraine und ihrem Öffentlichkeitsbild.

Lesetipps:

- Burkhardt, Fabian: Externe Einflüsse auf den ukrainischen Reformprozess: Wer bekommt was, wann und wie? In: Ukraine-Analysen Nr. 148, 24.03.2015, S. 21–24: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/Analysen148.pdf>>
- Halling, Steffen: Zwischen Kalkül, Klientelismus und »Leidenschaft«: Ukrainische Oligarchen als Wohltäter und Mäzene. In: Ukraine-Analysen Nr. 115, 23.04.2013, S. 9–13: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen115.pdf>>

UMFRAGE

Aktuelle Wahltrends

**Tabelle 1: Für wen würden Sie stimmen, wenn an diesem Sonntag Parlamentswahlen wären?
(in %, Mai 2015)**

	<i>Ukraine gesamt</i>	Westen	Zentrum	Süden	Osten
Block Petro Poroschenko	8,3	12,4	8,8	7,9	3,4
Radikale Partei von Oleh Ljaschko	4,7	6,9	5,5	3,9	1,8
Volksfront	1,6	2,7	2,2	0,9	0,2
Selbsthilfe	6,2	12	7,2	2,6	2,1
Vaterland	6,0	7,8	6,8	5,5	3,4
Regierungskoalition insgesamt	26,8	41,8	30,5	20,8	10,9
Regierungskoalition (als Anteil gültiger Stimmen)	68,4	74,1	76,6	61,0	45,5
Starke Ukraine	1,0	0,4	0,9	1,1	1,6
Oppositionsblock	3,8	0,0	1,4	7,6	7,6
Bürgerliche Position	2,1	4,1	1,7	1,3	1,4
Kommunistische Partei der Ukraine	0,3	0,0	0,3	0,4	0,2
Freiheit	1,8	3,5	2,2	0,7	0,7
Rechter Sektor	1,6	4,5	0,8	0,2	0,9
andere Parteien	1,8	2,0	2,1	1,9	0,7
gültige Stimmen insgesamt	39,2	56,3	39,9	34,0	24,0
würde nicht abstimmen	26,5	16,3	26,1	24,2	41,1
schwer zu sagen/keine Antwort	25,9	22,0	22,3	31,7	29,4
würde ungültig wählen	8,4	5,3	11,8	10,0	5,3

Anmerkung: Insgesamt wurden 2.022 Personen in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt. In den Regionen Luhansk und Donezk wurde die Umfrage in den von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten und der Stadt Donezk durchgeführt. Quelle: repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KMIS) vom 19. bis zum 29. Mai 2015, <<http://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=526&page=1>>

Tabelle 2: Für wen würden Sie stimmen, wenn an diesem Sonntag Präsidentschaftswahlen wären? (in %, Mai 2015)

	<i>Ukraine gesamt</i>	Westen	Zentrum	Süden	Osten
Petro Poroschenko	13,2	17,0	19,4	8,5	4,6
Julia Timoschenko	7,0	8,6	9,1	5,4	3,4
Oleh Liaschko	4,1	6,6	4,7	3,5	0,9
Andriy Sadovyj	3,7	7,4	3,6	1,1	2,5
Anatolij Hryzenko	2,7	4,9	2,8	1,5	1,1
Dmytro Jarosch	1,6	1,8	1,7	2,4	0,5
Serhij Tihipko	1,6	0,4	1,3	2,8	2,1
Jurij Boiko	1,4	0,2	0,2	2,2	3,9
Oleh Tjahnybok	1,2	2,5	1,4	0,4	0,0
Mychajlo Dobkin	0,6	0,0	0,0	0,4	2,3
Petro Simonenko	0,4	0,0	0,5	0,7	0,7
Wiktor Medwedtschuk	0,2	0,0	0,0	0,2	0,7
Anderer Kandidat	3,4	5,9	2,7	4,2	1,6
würde nicht abstimmen	24,1	13,1	22,7	22,0	40,7
schwer zu sagen	24,3	24,2	19,1	32,6	23,0
würde ungültig wählen	7,6	2,7	10,2	10,2	6,4
keine Antwort	2,9	4,5	0,6	2,0	5,5

Anmerkung: Insgesamt wurden 2.022 Personen in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt. In den Regionen Luhansk und Donezk wurde die Umfrage in den von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten und der Stadt Donezk durchgeführt.

Quelle: repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KMIS) vom 19. bis zum 29. Mai 2015, <<http://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=526&page=1>>

8. – 21. Juni 2015

08.06.2015	Auf einem Treffen des Interparlamentarischen Rates der NATO und der Ukraine äußert der deutsche Vertreter Kritik an der Beobachtermission der OSZE. Sie stelle zu wenige Beweise der beobachteten Truppenbewegungen zur Verfügung. Der stellvertretende Leiter der Mission, Alexander Hug, erklärt daraufhin, dass den Beobachtern nicht ausreichend Zugang zu vielen Konfliktregionen gewährt werde. Er ruft die Mitgliedsstaaten der OSZE außerdem auf, die Mission finanziell stärker zu unterstützen.
08.06.2015	Die Generalstaatsanwaltschaft schreibt den fraktionslosen Abgeordneten Serhyj Kljuew zur Fahndung aus, da der seit Anfang des Monats nicht zu Befragungsterminen erschienen war. Das Parlament hatte Kljuew die Immunität entzogen, um Ermittlungen wegen Veruntreuung zu ermöglichen.
08.06.2015	Bei Krasnohoriwka im Gebiet Donezk kommen nach Informationen des Generalstabs bei der Explosion einer Mine sieben Soldaten der ukrainischen Armee ums Leben.
08.06.2015	US-Präsident Barack Obama erklärt bei der Abschlusspressekonferenz des G7-Gipfels in Elmau, dass sich die Staats- und Regierungschefs darauf geeinigt hätten, die Sanktionen gegen Russland zunächst nicht aufzuheben, solange Russland seinen Verpflichtungen im Rahmen der Minsker Vereinbarungen nicht nachkomme. Gegebenenfalls könnten die Sanktionen noch verschärft werden.
09.06.2015	Der russische Energiekonzern Gazprom nennt die voraussichtlichen Lieferpreise für Gaslieferungen in die Ukraine ab Juli. Im dritten Quartal werde der Preis 287 US-Dollar pro 1000 Kubikmeter betragen, im vierten Quartal liege er bei 262 US-Dollar. Über einen eventuellen Preisnachlass wird noch verhandelt.
09.06.2015	Ein Vertreter des russischen Energiekonzerns Gazprom bekräftigt, dass man nach 2019 keinen neuen Vertrag über den Transit von Erdgas aus Russland durch die Ukraine mehr abschließen werde. Die Führung des Konzerns hatte zuvor ihre Absicht betont, nach 2019 die Ukraine als Transitland auszusparen.
09.06.2015	In Krjatschki bei Kiew kommen bei Versuchen, einen Brand in einem Ölspeicher zu löschen, drei Feuerwehrleute ums Leben. Bei Ausbruch des Brandes am Vorabend war bereits ein Zivilist umgekommen. In Kiew werden die Grenzwerte der Luftverschmutzung durch den Brand kurzzeitig überschritten.
10.06.2015	Ein russisches Gericht verlängert die Untersuchungshaft der in Russland festgehaltenen ukrainischen Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko bis zum 30. September 2015. Ihr werden Beihilfe zu einem Anschlag auf zwei russische Journalisten und die unrechtmäßige Überquerung der ukrainisch-russischen Grenze vorgeworfen.
10.06.2015	Die Vertretung der Ukraine beim Europarat teilt diesem offiziell mit, dass die Ukraine im Zuge der so genannten »Anti-Terror-Operation« im Osten des Landes in Zukunft einige Normen der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht einhalten werde. Unter anderem behält sich die Ukraine das Recht vor, Terrorismusverdächtige für länger als 72 Stunden ohne Gerichtsbeschluss festzuhalten. Das Parlament hatte am 21. Mai 2015 diese partielle Aussetzung der Konvention beschlossen.
11.06.2015	Ein Pressesprecher der ukrainischen Grenzschutzbehörde erklärt, dass bei einer cursorschen Überprüfung des 29. humanitären Hilfskonvois, der aus Russland in den Donbass entsandt wurde, Soldatenhelme gefunden worden seien. Die ukrainische Seite wirft Russland seit dem ersten dieser Hilfskonvois im Jahr 2014 vor, neben Lebensmitteln auch Waffen und Treibstoff für die Separatisten mit den Konvois ins Land zu bringen. Russland weist diese Anschuldigungen zurück.
11.06.2015	Im ukrainisch kontrollierten Horliwka kommen nach Auskunft der Staatsanwaltschaft des Gebietes Donezk bei nächtlichem Beschuss drei Zivilisten ums Leben. Der ukrainische Vertreter im Gemeinsamen Kontroll- und Koordinationszentrum beschuldigt die Separatisten, für den Angriff verantwortlich zu sein.
11.06.2015	Das Ministerkabinett teilt mit, dass eine Kommission zur Auswahl von Kandidaten für die neu eingerichtete Nationale Agentur zur Korruptionsbekämpfung ihre Arbeit aufnehmen. Die Agentur war im März 2015 von der Regierung ins Leben gerufen worden (siehe Ukraine-Analysen Nr. 153). Die Kommission, die mit der Kandidatenauswahl betraut wurde, steht in der Kritik. Aktivisten u. a. von Transparency International beklagen, dass die Plätze für Repräsentanten zivilgesellschaftlicher Organisationen von der Regierung mit unbekanntem und von der Regierung abhängigen Personen besetzt worden seien. Transparency International fordert, eine neue Auswahlkommission zu bilden. Der Vertreter des Präsidenten erklärt, nicht an den Versammlungen der Kommission teilzunehmen, bis der Streit beigelegt sei.
11.06.2015	Präsident Petro Poroschenko ernennt Pawlo Scherbinskij zum neuen Gouverneur des Gebietes Donezk. Scherbinskij löst damit Oleksandr Kichtenko ab, dessen Arbeit Poroschenko kürzlich scharf kritisiert hatte. Aus dem Informationsministerium heißt es, dass Kichtenko sich stark für die Zusammenarbeit mit den Separatisten der »Volksrepublik Donezk« eingesetzt habe.

12.06.2015	Das Repräsentantenhaus in den USA verabschiedet eine Gesetzesänderung, die ein Training des ukrainischen Freiwilligenbataillons Asow durch US-amerikanische Einheiten ausschließt. Der Demokrat John Conyers, auf dessen Initiative die Änderung zurückgeht, hatte gefordert, die rechtsextreme Gruppierung nicht zu unterstützen.
12.06.2015	Der Chef des Inlandsgeheimdienstes SBU, Walentyn Nalywajtschenko, verfügt, dass die gesamte Führungsetage der dienstinternen Abteilung für Korruptionsbekämpfung ausgetauscht wird. Die Beamten bleiben beim Geheimdienst, müssen jedoch die Abteilung wechseln.
13.06.2015	In der Nacht werfen Unbekannte das Generalkonsulat der Ukraine in Rostow-am-Don im Südwesten Russlands mit Eiern. Auch in Moskau werfen Unbekannte Eier auf die ukrainische Botschaft. Mehrere Personen werden festgenommen. Der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin verurteilt die Attacken und bezeichnet sie als Provokation.
13.06.2015	Bei einer Kontrolle mehrerer Unterbringungsorte der abgezogenen schweren Waffen auf dem Gebiet der »Volksrepublik Donezk« stellt die Beobachtermission der OSZE fest, dass insgesamt 17 schwere Waffen nicht mehr am Ort der Unterbringung aufzufinden seien.
13.06.2015	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt, dass die Pipeline, die die Küstenstadt Mariupol mit Erdgas versorgt, wieder instandgesetzt sei. Die Versorgung Mariupols mit Gas war am 12. Juni 2015 unterbrochen worden, als die Pipeline bei Kämpfen Schaden genommen hatte.
15.06.2015	Die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti berichtet, dass der »Parlamentssprecher« der »Volksrepublik Donezk«, Andrij Purhyn, eine zukünftige Vereinigung der beiden separatistischen »Volksrepubliken« nicht ausschließe.
15.06.2015	Der Chef des Inlandsgeheimdienstes SBU, Walentyn Nalywajtschenko, erklärt, dass der ehemalige stellvertretende Generalstaatsanwalt Anatolij Dalinenko für den Brand in einem Ölspeicher bei Kiew mitverantwortlich sei. Danilenko habe gesetzeswidrige Handlungen der Firma BRSM-Nafta, der der Speicher gehört, gedeckt. Bei dem Brand südlich von Kiew waren in der vergangenen Woche fünf Menschen umgekommen. Außerdem waren giftige Stoffe freigesetzt worden. Gegen BRSM-Nafta ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.
15.06.2015	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt, dass bis September 2015 insgesamt 49 Grenzübergänge an das elektronische System von Interpol angeschlossen werden sollen. Dies sei eine Voraussetzung der EU für die Abschaffung der Visumpflicht.
15.06.2015	Nach Informationen der russischen Zeitung Nowaja Gaseta versammeln sich etwa 500 Menschen vor dem Gebäude der »Regierung« der »Volksrepublik Donezk«, um gegen den Krieg zu protestieren. Sie seien mehrheitlich Anwohner der Region um den Flughafen von Donezk. Dieses Gebiet ist besonders stark von Zerstörungen von Wohngebäuden durch die Kämpfe betroffen.
16.06.2015	Die OSZE-Beobachtermission erklärt, die Ukraine habe die Minsker Vereinbarungen durch das Abhalten einer Militärparade am 13. Juni 2015 in Mariupol verletzt. Es wurden mehrere schwere Waffen präsentiert, die aus dieser Region hätten abgezogen werden müssen. Die Parade, zu der unter anderem der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates, Oleksandr Turtschynow, und Innenminister Arsen Awakow erschienen waren, wurde vom Freiwilligenbataillon Asow durchgeführt. Anlass war das einjährige Jubiläum der »Befreiung« der damals von Separatisten kontrollierten Stadt durch die ukrainische Armee.
16.06.2015	Generalstaatsanwalt Wiktor Schokyn erklärt, bei der Generalstaatsanwaltschaft seien mehrere Verfahren gegen Angehörige von Freiwilligenbataillonen anhängig. Unter anderem betrifft dies den Parlamentsabgeordneten und ehemaligen Kommandeur des Bataillons Ajdar, Serhij Melnitschuk. Ihm und einigen Untergebenen wird vorgeworfen, bewaffnete Gruppierungen zur widerrechtlichen Beschlagnahme fremden Eigentums gegründet zu haben.
16.06.2015	In Minsk findet ohne Pressebeteiligung ein Treffen von drei der vier Arbeitsgruppen der trilateralen Kontaktgruppe aus Russland, der Ukraine und der OSZE statt. Auch Vertreter der Separatisten nehmen an dem Treffen teil. Es tagen die drei Arbeitsgruppen zu politischen, humanitären und Sicherheitsfragen.
17.06.2015	Der Chef des Inlandsgeheimdienstes SBU, Walentyn Nalywajtschenko, entsendet eine Spezialtruppe hoher Beamter in das Gebiet Odessa, um den neuen Gouverneur Michail Saakaschwili bei der Bekämpfung der Korruption zu unterstützen. Saakaschwili hatte zuvor beklagt, dass potentielle Investoren durch korrupte Praktiken der lokalen Staatsanwaltschaft abgeschreckt würden.
17.06.2015	Das Parlament stimmt in erster Lesung für ein Gesetz, das Strafen für den Verstoß gegen die Abstimmungsregeln einführt. In der Vergangenheit war es von Zeit zu Zeit vorgekommen, dass Abgeordnete für nicht anwesende Kollegen mitabgestimmt hatten. Für diese Fälle sieht das neue Gesetz vor, überführte Abgeordnete für zehn Sitzungen auszuschließen. Ab dem zweiten Verstoß erhöht sich die Strafe auf 20 Sitzungen.

17.06.2015	Einer Umfrage des Marktforschungsunternehmens TNS zufolge sehen 27 % der Bürgerinnen und Bürger der Ukraine das Gerichtswesen als die korrupteste staatliche Institution an. Die Polizei sehen 18 % auf Platz eins, für die Staatsanwaltschaft stimmen 16 %. Dahinter folgen das Gesundheitssystem (10 %), die Verkehrsaufsicht (9 %), die Steuerbehörde (6 %) und das Bildungswesen (4 %). Bei der Frage, wem sie bereits selbst Bestechungsgeld gezahlt haben, nennen 84 % der Befragten Vertreter des Gesundheitssystems. 43 % nennen Angehörige des Bildungswesens, 35 % haben bereits Bestechungsgeld an die Verkehrsaufsicht gezahlt. Dahinter folgen die Polizei (20 %), die Steuerbehörde (11 %), die Justiz (8 %) und die Staatsanwaltschaft (7 %).
17.06.2015	Zwei Soldaten der ukrainischen Armee werden aufgrund des Verdachts verhaftet, am 15. Juni 2015 zwei Zivilistinnen in deren Haus im Gebiet Donezk erschossen zu haben. Die beiden Soldaten haben nach Auskunft der Staatsanwaltschaft gestanden, die Morde verübt zu haben. Sie hätten die beiden Frauen des Separatismus verdächtigt.
18.06.2015	Militärstaatsanwalt Anatolij Matjus gibt bekannt, dass der Kommandeur des Freiwilligenbataillons Tornado und sieben Angehörige der Einheit festgenommen worden seien. Ihnen wird vorgeworfen, illegal festgehaltene Gefangene gefoltert zu haben. Wenig später ordnet Innenminister Arsen Awakow die Auflösung des Bataillons an. Wem keine Verbrechen zur Last gelegt würden, der dürfe im Dienst des Innenministeriums verbleiben.
18.06.2015	Das Parlament entlässt auf Vorschlag des Präsidenten Petro Poroschenko den Chef des Inlandsgeheimdienstes SBU, Walentyn Nalywajtschenko. Damit findet der Konflikt zwischen SBU einerseits und der Staatsanwaltschaft und Präsident Petro Poroschenko andererseits ein vorläufiges Ende. Nalywajtschenko war zuvor wegen seiner Äußerungen bezüglich des Brandes in einem Ölspeicher südlich von Kiew von der Staatsanwaltschaft verurteilt worden. Medienberichten zufolge werden Nalywajtschenko außerdem Verbindungen zu dem so genannten Oligarchen Dmytro Firtasch nachgesagt. Poroschenko hatte Nalywajtschenko vorgeworfen, Ermittlungen gegen Firmen aus der Unternehmensgruppe Firtaschs nur schleppend zu verfolgen.
18.06.2015	Militärstaatsanwalt Anatolij Matjus erklärt, das Bataillon Tornado habe sich nach der Bekanntgabe seiner Auflösung durch Innenminister Arsen Awakow auf seiner Basis im Gebiet Luhansk verschanzt. Es sei bereit, seine Waffen gegen jeden einzusetzen, der sich ihnen nähere. Einigen Angehörigen der Einheit wird Folter von Gefangenen vorgeworfen.
19.06.2015	Mit großer Mehrheit stimmt der US-Senat für eine Version des Verteidigungshaushalts für das Haushaltsjahr 2016, die die Lieferung letaler Waffen an die Ukraine im Wert von 300 Millionen Dollar vorsieht.
19.06.2015	Der kommissarische Kommandant des Bataillons Tornado, Mykolaj Zukur, erklärt, man sei mit der Auflösung des Verbandes einverstanden und bereit zum Dialog mit den Behörden, jedoch nur unter fairen Bedingungen. Innenminister Arsen Awakow hatte zuvor die Auflösung der Truppe angeordnet. Die Kämpfer hatten sich daraufhin laut Angaben des Militärstaatsanwalts auf ihrer Basis im Gebiet Luhansk verschanzt.
19.06.2015	Der Rat der Europäischen Union verlängert die Sanktionen gegen Unternehmen auf der Krim um ein Jahr bis zum 23. Juni 2016. Die Sanktionen verbieten unter anderem den Import von dort hergestellten Waren, Investitionen auf der Krim und in Sewastopol und die Zusammenarbeit touristischer Unternehmen aus EU-Staaten mit Anbietern auf der Krim.
19.06.2015	Generalstaatsanwalt Wiktor Schokin erklärt, die Ermittlungen wegen des Brandes in einem Ölspeicher südlich von Kiew würden eingestellt. Es gebe keinen Verdacht gegen den ehemaligen stellvertretenden Generalstaatsanwalt Anatolij Danilenko. Diesen hatte der Chef des Inlandsgeheimdienstes SBU, Walentyn Nalywajtschenko, beschuldigt, illegale Geschäfte des Eigentümers des Ölspeichers zu decken. Nalywajtschenko war am 18. Juni 2015 vom Parlament entlassen worden.
19.06.2015	Auf der Basis des Freiwilligenbataillons Tornado im Gebiet Luhansk findet eine Durchsuchung durch Mitarbeiter des Innenministeriums statt. Es kommt nicht zu Ausschreitungen. Die Kämpfer hatten sich am Vortag dort verbarrikadiert, nachdem Innenminister Arsen Awakow die Auflösung der Truppe bekannt gegeben hatte. Am Morgen hatte sich der Abgeordnete Anton Heraschtschenko im Fernsehen an den stellvertretenden Kommandeur gewandt und gefordert, bis zum nächsten Morgen die Waffen niederzulegen.
19.06.2015	In Donezk kommt beim Beschuss eines Wohnviertels ein Zivilist ums Leben.

19.06.2015	Vermummte und bewaffnete Unbekannte blockieren das Gebäude des höchsten Berufungsgerichts in Kiew. Das Nachrichtenportal RBK-Ukraina berichtet, die Unbekannten trügen Westen mit der Aufschrift SBU – dem Namen des Inlandsgeheimdienstes. Später stellt sich heraus, dass die Maskierten tatsächlich zum Inlandsgeheimdienst SBU gehören, der zusammen mit der Staatsanwaltschaft eine Durchsuchung in dem Gebäude durchführt. Der Generalstaatsanwalt Wiktor Schokin präsentiert zwei Tage später ein Video, in dem suggeriert wird, dass im Büro des obersten Richters Anton Tschernuschenko gefundene 6500 US-Dollar und 30000 Hrywnja (ca. 1200 Euro) sowie Schlüssel von fünf bis sechs PKWs auf Bestechungszahlungen hindeuten. Schokin erklärt auf einer Pressekonferenz, er werde beim Parlament die Aufhebung der Immunität Tschernuschenkos beantragen. Die Durchsuchung war Schokin zufolge ursprünglich durchgeführt worden, weil Mitarbeitern des Gerichts vorgeworfen wurde, unrechtmäßig in das automatische Bearbeitungssystem von Dokumenten eingegriffen zu haben.
20.06.2015	Die OSZE-Beobachtermission berichtet, dass sich die Kämpfe in der Region des Donezker Flughafens wieder verschärfen. Auf Seiten der Separatisten machen die Beobachter erneut schweres Gerät aus, das im Rahmen der Minsker Vereinbarung hätte abgezogen werden müssen.
20.06.2015	Ukrainische Vertreter des Gemeinsamen Kontroll- und Koordinationszentrums teilen ihre Befürchtung mit, dass durch Detonationen im Bereich des Flughafens von Donezk unterirdische Atommülllager beschädigt werden könnten. Die Lager befinden sich auf von Separatisten kontrolliertem Territorium. Vertreter des Zentrums rufen die OSZE-Beobachtermission zu verschärften Kontrollen im Umland der gefährdeten Orte auf.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>>; Russland: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>>; Ukraine: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>>; zentralasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>